

*Lucian Kern*  
*Herbert Kruse*  
*Siegfried Petrelli*

**Die Argumentationsmuster in den Auffassungen gesellschaftlich  
relevanter Gruppen zur Traditionspflege in der Bundeswehr**

Ein Materialbericht

München 1981

Alle Rechte vorbehalten

© 1981

ISSN 0342-2569

Druck: BMVg

Sozialwissenschaftliches

Institut der Bundeswehr

Schleissheimer Str. 418

8000 MÜNCHEN 45

Tel. (089) 351 702 1

## INHALT

Vorwort	Seite
Vorwort .....	III
1. Einleitung .....	1
1.1 Problemstellung .....	1
1.2 Tradition in soziologischer Sicht .....	3
1.3 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	7
2. Tradition im Selbstverständnis der Bundeswehr .....	9
2.1 Der Weg zum Traditionserlaß .....	9
2.2 Die Praxis der Traditionspflege .....	15
2.3 Traditionspflege in der Diskussion .....	17
3. Die Auffassung gesellschaftlich relevanter Gruppen zur militärischen Tradition .....	20
3.1 Parteien .....	20
3.1.1 SPD .....	20
3.1.2 FDP .....	27
3.1.3 CDU/CSU .....	34
3.1.4 Sonstige Parteien .....	40
3.2 Jugendverbände der Parteien .....	44
3.3 Interessenverbände und -vereinigungen .....	49
4. Äußerungen der Evangelischen Kirche .....	55
4.1 Grundsätzliche Stellungnahmen .....	55
4.2 Stellungnahmen zum Auftrag der Bundeswehr .....	59
4.3 Stellungnahmen zu Eid und Gelöbnis .....	67
5. Literatur .....	76

## VORWORT

Umfang und Heftigkeit stehen in keinem angemessenen Verhältnis zur Tiefe, mit der die Öffentlichkeit zeitweise das Thema „Bundeswehr und Tradition“ diskutiert. Zu diesem Eindruck muß man jedenfalls gelangen, versucht man, das zugängliche Material zu dieser Problematik zu sichten und systematisch aufzubereiten.

Ein solcher Versuch wurde vom SOWI im November 1980 im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung unternommen. Für die Arbeit (Materialsammlung und Aufbereitung) standen insgesamt nur drei Monate zur Verfügung; sie kann von daher nur einen sehr vorläufigen Anspruch erheben, obwohl wir der Ansicht sind, daß sich an der Darstellung der Argumentationsmuster gesellschaftlich „relevanter“ Gruppen auch bei breiterer Materialbasis wahrscheinlich nichts Wesentliches ändern dürfte. Zudem spiegeln sehr kurzfristig initiierte Arbeiten für das SOWI immer auch gewisse Zufälligkeiten in Bezug auf die zum jeweiligen Zeitpunkt gerade mobilisierbaren personellen Kapazitäten wider.

Die hiermit in der Berichtsreihe des SOWI präsentierte Ausarbeitung war ursprünglich für eine interne Diskussion vorgesehen. Die Entscheidung für eine Publikation geschah unter dem Gesichtspunkt, daß bei dem derzeitigen Charakter der öffentlichen Diskussion eventuell bereits ein Materialbericht mit dem geschilderten Anspruch und begrenzter Reichweite hilfreich sein könnte.

Der Bericht trägt aus produktionstechnischen Gründen die Nummer 23/1980. Die unter dieser Nummer angekündigte Sozialisationsstudie II des SOWI wird demnächst als Band 25 der Berichtsreihe erscheinen.

München, im März 1981

Dr. Ralf Z o l l  
Direktor und Professor

## 1. Einleitung

### 1.1. Problemstellung

Mit dem folgenden Gutachten sollen auftragsgemäß die Auffassungen gesellschaftlich relevanter Gruppen zur Traditionspflege in der Bundeswehr zusammenhängend dargestellt werden. Das Problem einer zusammenhängenden Darstellung sehr unterschiedlicher Auffassungen zu einem Thema liegt dabei darin, daß sie mehr sein muß als eine bloß wortwörtliche Rekapitulation der verschiedenen Meinungen. Vielmehr sollte sie diese systematisch anhand bestimmter Kategorien vergleichen können, was sich aber wegen der Besonderheit jeder einzelnen Auffassung eigentlich verbietet. Das ist ein altes Problem der Komparatistik. Ihm kann regelmäßig nur durch einen Kompromiß begegnet werden.

Unser Kompromiß ist der folgende. Wir entwickeln im folgenden Abschnitt eine Strukturierung des Begriffs Tradition unter einem soziologischen Gesichtspunkt, indem wir nach der Binnen- und Außenfunktion und nach bestimmten Komponenten von Tradition unterscheiden. Das erlaubt es uns, im Anschluß daran zu fragen, welche Bedeutung die Binnen- und Außenfunktion und die einzelnen Komponenten in den verschiedenen Auffassungen haben, welche Komponente beispielsweise als vorrangig angesehen wird. Dabei schälen sich schnell charakteristische Unterschiede heraus.

Dieser Vorteil an Systematik ist aber mit einem Preis erkauft. Über den man sich klar sein muß: Viele Differenzierungen und Eigenheiten der einzelnen Auffassungen gehen dabei verloren. Sie fallen gewissermaßen durch das

Begriffsnetz hindurch. Es wird sich also in der folgenden Darstellung keine Gruppe oder zitierte Person vollständig und in allen Einzelheiten wiedergegeben finden.

Es ging uns darum, im Für und Wider um die Tradition in der Bundeswehr die typischen Argumente der verschiedenen Auffassungen, ihre interne Struktur also, klarzulegen, wenn auch mit relativ groben Kategorien. Das bedeutet zugleich, daß damit keine Aussagen über die relative empirische Gewichtigkeit oder politische Bedeutung der einzelnen Auffassungen gemacht sind. Wenn sich also im folgenden die Argumente kleiner oder kleinster Gruppen gleichrangig neben die großer Parteien gestellt finden, so heißt dies nicht, daß wir sie auch in ihrer politischen Bedeutung als gleich wichtig einschätzen.

Wir haben unsere Aussagen soweit wie möglich auf offizielle Dokumente der Parteien und Gruppen gestützt (Beschlüsse, Resolutionen, Programme von Partei- bzw. Gruppengremien) und ergänzend Interviews, Erklärungen und Presseberichte herangezogen. Trotz aller Bemühungen war unsere Materialbasis relativ schmal. Für manche Gruppen lagen nur wenige Presseberichte oder Dokumente (Aufrufe, Flugblätter, Stellungnahmen) vor, die keine detaillierte Analyse erlaubten.

Wir behandeln im folgenden Abschnitt zunächst die Strukturierung des Traditionsbegriffs aus soziologischer Sicht und fassen dann die wichtigsten unserer Ergebnisse kurz zusammen. Der nächste Abschnitt 2 befaßt sich mit der Traditionspflege in der Bundeswehr selbst. Wir haben für diesen Abschnitt bewußt eine eher historische Darstellung gewählt, um die Schwierigkeiten einer angemessenen Tradi-

tionspflege zu verdeutlichen, denen die Bundeswehr in ihren Anfangsjahren gegenüber stand und die es verständlich machen, daß für die Streitkräfte zunächst die Binnenfunktion von Tradition im Vordergrund stand.

In Abschnitt 3 werden die Auffassungen der gesellschaftlich relevanten Gruppen zum Thema dargelegt. Dieser Abschnitt ist stärker nach den im folgenden Abschnitt entwickelten Gesichtspunkten strukturiert. Dabei nehmen die Auffassungen der Parteien einen relativ breiten Raum ein, weil sich bereits dort einige typische Argumentationsmuster finden, die - in Abwandlungen - auch von anderen Gruppen benutzt werden.

Den Abschluß bildet ein Abschnitt über die Auffassung der Kirchen. Es schien uns wichtig, diese gesondert zu behandeln, da einige Elemente der militärischen Tradition quasi-religiösen Charakter haben und die diesbezügliche Problematik sich kaum mit dem zunächst eingeführten Begriffsapparat erfassen läßt.

## 1.2. Tradition in soziologischer Sicht

Gehen wir davon aus, daß Tradition in einem ganz allgemeinem Sinne das ist, was zwischen Vergangenheit und Zukunft Kontinuität stiftet, dann ist diese Kontinuität in soziologischer Sicht auf die Gesellschaftsstruktur, d.h. die sozialen Beziehungen der Individuen, Gruppen und Organisationen untereinander bezogen. Tradition weist mithin auf Sozialstrukturen der näheren oder ferneren Vergangenheit zurück und sucht diese in mindestens einigen Punkten wirksam zu halten, beispielsweise in bestimmten Über- und Unterordnungsverhältnissen.

Tradition hat insofern auch in einem sozialen Sinne bewahrenden und stabilisierenden Charakter, gleichzeitig aber einen rechtfertigenden Charakter, weil sie ebenso der Aufrechterhaltung hergebrachter sozialer Verhältnisse auch gegen sozialen Wandel dienen kann.

Vermittelt wird Tradition durch gegenständliche **Symbole** und symbolische Handlungsformen, wie etwa eine bestimmte Kleidung, Lieder, Riten oder ähnliches mehr. Wir können dabei zwischen Brauch und Tradition unterscheiden, weil solche Lieder, Riten etc. für sich genommen noch nicht Tradition sind, sondern Brauch, der erst durch einen erkennbaren Sinnbezug oder Überlieferungszusammenhang zu Tradition wird. Dieser impliziert seinerseits einen Rückbezug auf bestimmte soziale Verhältnisse.

Im folgenden geht es nicht um Traditionen auf der gesamtgesellschaftlichen oder der individuellen Ebene, sondern um die Traditionen, wie sie soziale Gruppen und Organisationen (oder wie in unserem Fall eine moderne Großorganisation) entwickeln. In Bezug auf die Tradition sozialer Gruppen und Organisationen kann zwischen einer Binnen- und einer Außenfunktion unterschieden werden. Die Binnenfunktion von Tradition zielt einerseits auf die innere Struktur einer sozialen Gruppe oder Organisation (und zwar ebenso auf Verhaltensnormen, die zur Aufgabenerfüllung in der Gruppe notwendig erscheinen, wie das Verhältnis der Mitglieder untereinander) und sucht diese zu stabilisieren und andererseits auf das Selbstverständnis, die Identität der Gruppe, versucht also ihr Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Die Außenfunktion von Tradition hinge-



gen hat etwas mit der Stellung und Rolle der jeweiligen Gruppe oder Organisation in der Gesellschaft zu tun, zielt mithin auf die Hervorhebung von deren gesellschaftlicher Bedeutung einschließlich der damit verbundenen Zielsetzung sowie die Rechtfertigung ihrer Ansprüche an die Gesellschaft.

Über die Unterscheidung zwischen Binnen- und Außenfunktion hinaus ist aber noch zwischen den folgenden Komponenten zu differenzieren, die jeweils spezifische Teilaspekte von Tradition umfassen. Diese haben für sich wieder Binnen- und Außenfunktionen.

- Die beruflich-professionelle Komponente

Hierunter ist der je spezifische Verhaltens- und Ehrenkodex für bestimmte Berufsgruppen oder Professionen zu verstehen, der die doppelte Funktion hat, den Zugang zur Gruppe zu regeln, wie das Verhalten innerhalb der Gruppe zu steuern. Er definiert nach außen die Ansprüche, welche die Gesellschaft im Selbstverständnis der Gruppe an sie stellen kann und umgekehrt die Gruppe an die Gesellschaft.

- Die sozio-emotionale Komponente

Hierbei geht es um den Prozeß der Identitätsfindung einer Gruppe, die Herausbildung eines Zusammengehörigkeitsgefühls, das nach außen oft als Bewußtsein der Exklusivität, also einer besonderen, herausragenden Stellung in der Gesellschaft durchschlägt.

- Die politisch-strukturelle Komponente

Diese Komponente ist besonders wichtig in bezug auf gesellschaftlich bedeutsame Institutionen (Kirchen, Militär etc.). Sie betrifft - nach innen - die interne Struktur, ihre Hierarchie beispielsweise; nach außen ihre Machtstellung, ihren politischen Einfluß in der Gesellschaft, oft verbunden mit einem bestimmten Bild der Ordnung in der Gesellschaft, das die interne Struktur zum Vorbild nimmt.

- Die programmatisch-normative Komponente

Das betrifft die Zielsetzung sozialer Gruppen und Institutionen einschließlich der damit zusammenhängenden Werte und Normen - zunächst im Selbstverständnis der Gruppe, dann aber auch hinsichtlich dessen, was sie in der und für die Gesellschaft bewirken will.

Diese Unterscheidungen sind von Bedeutung für die Frage, ob und wie weit die Traditionen einzelner Gruppen und Organisationen von anderen gesellschaftlichen Gruppen bzw. der Öffentlichkeit akzeptiert werden. Bei der Akzeptierung oder Ablehnung spielt es eine Rolle, ob es um die Binnen- oder Außenfunktion geht oder welche der angesprochenen Komponenten im Vordergrund stehen.

Bezüglich der verschiedenen Auffassungen zur Tradition in der Bundeswehr haben wir damit ein Raster oder Begriffsgerüst gewonnen, das es uns erlaubt, die Auffassungen zu vergleichen und charakteristische Unterschiede in der argumentativen Betonung einzelner Funktionen und Komponenten herauszuarbeiten.

### 1.3. Zusammenfassung der Ergebnisse

- Bei positiven Beurteilungen militärischer Tradition ist die Binnenfunktion der Angelpunkt, um Sinn und Notwendigkeit der Traditionspflege in den Streitkräften zu begründen, bei negativen Beurteilungen hingegen wird stets die Außenfunktion in den Vordergrund gerückt - mit dem generellen kritischen Tenor, daß sich die Bundeswehr mit der durch sie geförderten Form der Traditionspflege eine besondere, hervorgehobene Stellung in der Gesellschaft anmaßt.
- In diesem Zusammenhang wird das eigentliche Dilemma der Traditionspflege in der Bundeswehr deutlich: Da es faktisch kein Traditionselement gibt, das neben seiner Binnenfunktion nicht zugleich eine Außenfunktion hat oder annehmen könnte (und damit auf eine hervorgehobene Stellung des Militärs in der Gesellschaft zu verweisen scheint), werden selbst vermeintlich unproblematische Traditionselemente, die scheinbar nur eine Binnenfunktion haben, in der Beurteilung durch andere Gruppen oder die Öffentlichkeit schnell zu einem "Stein des Anstoßes".
- Dieses Dilemma gäbe es auch ohne den historischen Bruch des Nationalsozialismus. Letzterer intensiviert das Dilemma aber noch auf besondere Weise. Da es auch nicht viele Traditionselemente gibt, die es nicht schon in der Wehrmacht des III. Reiches gegeben hätte, gerät die Traditionspflege der Bundeswehr in den Augen anderer Gruppen oder der Öffentlichkeit immer wieder in den Geruch einer unkritischen Haltung gegenüber einer "unseligen Vergangenheit". Die von manchen Gruppen (Gewerkschaften, Kirchen) erhobene Forderung nach einer bundeswehreigenen

Tradition ist in diesem Zusammenhang zwar konsequent, geht aber an der Eigendynamik militärischer Traditionsentwicklung vorbei.

- Die der militärischen Traditionspflege kritisch gegenüberstehenden Gruppen (Gewerkschaften, Teile der SPD, Jugend- und Studentenverbände etc.) thematisieren vorrangig die politisch-strukturelle Komponente, genauer, die Außenfunktion dieser Komponente, kritisieren also Formen der Traditionspflege, die als militärische Selbstdarstellung implizit den Rang der Bundeswehr in der Gesellschaft hervorheben sollen, und fordern demgegenüber eine Ein- und Unterordnung der Bundeswehr im demokratischen Zusammenhang.
- Zur militärischen Traditionspflege positiv eingestellte Gruppen (CDU/CSU, der Bundeswehr nahestehende Verbände wie Bundeswehr-Verband, Verband der Reservisten) neigen zur Hervorhebung der Eigentümlichkeiten der militärischen Aufgabenstellung und Berufsausübung (programmatisch-normative und beruflich-professionelle Komponente) als etwas Besonderes. Das führt zur Verstärkung der Außenfunktion von Traditionspflege mit der oft unausgesprochenen Konsequenz, daß dem Militär damit eine besondere Rolle in der Gesellschaft zugesprochen wird.
- Die Zuordnung der Beurteilung militärischer Traditionspflege zur politischen Links-Rechts-Skala ist eindeutig: Je weiter links, desto schärfer ist die Kritik an der Traditionspflege und der Bundeswehr überhaupt bis hin zur völligen Ablehnung der Bundeswehr; je weiter rechts desto positiver werden militärische Traditionen beurteilt - und die Bundeswehr insgesamt, bis hin zur Vor-

stellung der Vorbildfunktion der inneren Struktur der Bundeswehr für die Gesellschaft.

- In der Einschätzung der Traditionspflege durch das Militär selbst werden die Binnenfunktionen und die von der öffentlichen Meinung wenig beachteten beruflich-professionellen und sozio-emotionalen Komponenten besonders stark betont. Dabei besteht allerdings die Gefahr, daß die Außenfunktion außer Acht bleibt und nicht berücksichtigt wird, daß Verstärkungen der Binnenfunktion Außenwirkungen haben können.
- Daß militärische Traditionspflege einen legitimen religiösen Bezug haben kann, wird von den Kirchen massiv bestritten. Sie akzeptieren durchaus militärische Tradition, besonders in ihrer Binnenfunktion, lehnen aber religiöse Bezüge in diesem Zusammenhang als theologisch nicht begründbar ab.

## 2. Tradition im Selbstverständnis der Bundeswehr

### 2.1. Der Weg zum Traditionserlaß

Bereits im Rahmen erster konstruktiver Überlegungen zur Wiederbewaffnung drängte die Frage, welchen Traditionen die künftigen Streitkräfte verbunden sein sollten, auf eine Antwort.

So wenig eine Wehrpflichtarmee in der Demokratie ihr Selbstverständnis aus der Wehrmacht des Nationalsozialismus herleiten konnte, so stark das später unter dem Begriff "Staatsbürger in Uniform" bekanntgewordene Leitbild des künftigen Soldaten an sittliche Normen gebunden war, die mit Hinweisen auf gültige Wertvorstellungen und Vorbilder begreifbar zu machen und mit Leben zu erfüllen waren, so sehr war sich die politische Führung bewußt, daß ein schneller Aufbau von Streitkräften nur unter Verwendung von ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht möglich sei.

Als im November 1955 die ersten freiwilligen Soldaten der Bundeswehr ihren Dienst eid leisteten und in schneller Folge die Aufstellung von Einheiten und Verbänden begann, fanden die Vorgesetzten in der Truppe zwar eine ausgezeichnete Vorschrift über "Infanteriegefechtsausbildung aller Truppen" vor, nach einem verbindlichen Hinweis auf Tradition und Traditionspflege in der Bundeswehr suchten sie vergeblich.

Angehörige der Dienststelle Blank, später des BMVg hatten sich zwar in Vorträgen und Veröffentlichungen zum Thema geäußert,<sup>1)</sup> doch lediglich der Inspekteur der Marine forderte mit Kommandeur-Brief vom 27. Februar 1957 die ihm unterstellten Kommandeure auf, den Begriff der Tradition nach Wesen und Wert neu zu durchdenken.<sup>2)</sup>

Das im September 1957 vom damaligen Generalinspekteur der Bundeswehr unterzeichnete "Handbuch Innere Führung"<sup>3)</sup> gab zwar zahlreiche Beispiele für Tradition und Traditionspflege, unterschied auch zwischen Tradition und Konvention, die für die Vorgesetzten in der Truppe bedeutsame Frage beantworteten die Autoren des Handbuches nicht. Es war die Frage nach Ziel und Zweck einer Traditionspflege innerhalb der Streitkräfte.

Dort, wo die Vorgesetzten in der Truppe ein Befehls-Vakuum empfanden, handelten sie häufig selbst. Im Bereich der Inneren Führung sahen sie sich vornehmlich vor drei Aufgaben gestellt:

- Das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" war aus seiner notwendigerweise stark abstrahierten Formulierung den unterstellten Soldaten in lebensnaher Form begreifbar zu machen;

---

1) Johann Graf v. Kielmannsegg, Vortrag bei einer Tagung ADK am 13. März 1953, in: ZDv 10/1, Anhang, Teil II, Anl. 2; Theodor Blank, in: ZDv 10/1, Anhang, Teil II, Anl. 3 aus: Bonner Hefte, 1. Sept. 1953

2) Friedrich Ruge, Die Bundeswehr und Tradition, in: Allgemeine Militärrundschau, Jan. 1970, S. 33

3) Bundesminister für Verteidigung, Hrsg., Führungsstab der Bundeswehr - B, Bonn, September 1957

- spätestens mit Eintritt der ersten Wehrpflichtigen galt es, den jungen Menschen Sinn und Zweck des Dienens und des Prinzips von Befehl und Gehorsam deutlich zu machen;
- und schließlich mußten die Vorgesetzten darauf bedacht sein, im Hinblick auf die unabdingbare, enge Zusammenarbeit in kleinen und größeren Gruppen das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken.

In diesen drei Bereichen konnten Überlieferungen hilfreich sein. Das Verständnis von Traditionsfindung und Traditionspflege dieser Vorgesetzten in der Truppe richtete sich damals nach dem eigenen Selbstverständnis primär auf die Binnenfunktion.

Da Richtlinien fehlten, war es unvermeidbar, daß die zum Handeln gezwungenen Vorgesetzten in der Truppe eine für die Streitkräfte dienliche Traditionspflege unterschiedlich begriffen. Dies führte nicht nur zu einer von unterschiedlichen Blickpunkten geführten Diskussion innerhalb der Bundeswehr,<sup>1)</sup> sondern alsbald zu einer lebhaften Diskussion in der Öffentlichkeit.

---

1) Wolf Graf von Baudissin, Soldatische Tradition und ihre Bedeutung in der Gegenwart, in: Ders., Soldat für den Frieden, München 1969; Heinz Karst, Tradition und Fortschritt, in: Panzer-Zeitschrift der Kampftruppen, Nr. 1, 1959 sowie Nr. 1 - 3, 1960



In der öffentlichen Kontrolle durch die Medien wurden indifferentes oder falsches Traditionsverständnis innerhalb der Bundeswehr, fehlerhafte Interpretationen einer sinnvollen Tradition durch die Führer der Verbände und unzeitgemäße Traditionspflege schnell zu Affären.<sup>1)</sup> Die Unsicherheit bei den Vorgesetzten in der Truppe wuchs, weil von der Führung klare Richtlinien ausblieben.

Erst knapp zehn Jahre nach Beginn der Aufstellung der Bundeswehr unterzeichnete der damalige Bundesminister der Verteidigung den Erlaß "Bundeswehr und Tradition".<sup>2)</sup> Der Erlass definiert Tradition als Überlieferung des gültigen Erbes der Vergangenheit. Er bezeichnet Traditionspflege als Teil der soldatischen Erziehung. Und er nennt als Ziel der Traditionspflege innerhalb der Bundeswehr die Förderung der Fähigkeit des Soldaten, die ihm in Gegenwart und Zukunft gestellte Aufgabe besser zu verstehen.

---

1) Carl-Gero von Ilseman, Die Bundeswehr in der Demokratie, in: Truppe und Verwaltung, Hamburg 1971, S. 70

2) Der Bundesminister der Verteidigung, FÜ B I 4 - Az 35-08-07, Bonn, 1. Juli 1965

Im Teil II werden "Gültige Werte der deutschen Wehrgeschichte" genannt, während Teil III des Erlasses Richtlinien für die Traditionspflege in der Bundeswehr enthält. Mit seinem Hinweis auf die soldatische Erziehung<sup>1)</sup> bestimmt der Erlass die Traditionspflege eindeutig als eine Aufgabe der Inneren Führung und macht sie so zu einem Auftrag für die Vorgesetzten in der Truppe.

Doch obwohl Innere Führung stets als ein dynamisches Konzept gedacht war, das gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen hatte,<sup>2)</sup> fehlt im "Traditions-Erlass" jeder Hinweis darauf, daß sich auch die Traditionspflege innerhalb der Streitkräfte stets dem Neuen der gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen haben werde. Dieser Mangel trug dazu bei, daß bestimmte Wertvorstellungen und Sinngehalte, die sich aus der Geschichte der Bundeswehr ergaben (sogenannte "bundeswehreigene Traditionen"), nicht als solche erkannt, interpretiert und entsprechend in der Traditionspflege betont wurden. In seiner Tendenz ist der "Traditions-Erlass" nach rückwärts gerichtet und bezieht sich auf die Gegenwart der 60er Jahre.

Der Erlass wurde nicht kritiklos von der Truppe aufgenommen.<sup>3)</sup> Denn die Frage, ob der Erlass noch zeitgemäß sei,

---

1) Ebenda, S. 1, Ziff. 1

2) Wolf Graf von Baudissin, Innere Führung in der Bundeswehr, in: NATO-Brief, Nr. 1, 1978

3) Ilseman, a.a.O., S. 69

wurde alsbald nicht nur in der Öffentlichkeit,<sup>1)</sup> sondern auch aus der Truppe heraus gestellt.<sup>2)</sup>

Auch die Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages empfahlen wiederholt, den Erlass zu überprüfen.<sup>3)</sup> Doch lehnte die politische wie auch die oberste militärische Führung der Bundeswehr bisher eine Änderung des Erlasses stets ab, vornehmlich mit dem Hinweis, daß er sich bewährt und als "tragfähig" erwiesen habe.<sup>4)</sup> Wohl aber wiesen sie, nachdem die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion über Traditionsfindung und Traditionspflege in der Bundeswehr nicht abriß, sowohl in der Truppe wie auch in offiziellen Verlautbarungen darauf hin, daß Tradition offen sein müsse für Veränderungen und in die Zukunft zu wirken habe.<sup>5)</sup>

- 
- 1) Heinz Georg Macioszek, Das Problem der Tradition in der Bundeswehr, Schriftenreihe des Europa-Kollegs, Hamburg 1969
  - 2) "DER LEUTNANT 70", Neun Thesen, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1970; Michael Vollert, Ist der Traditionserlaß noch zeitgemäß?, in: Information für die Truppe, 1971, S. 372 ff.
  - 3) Matthias Hoogen, Bericht für das Jahr 1968, in: Bundestagsdrucksache V/2948 vom 22. Mai 1968; Karl Wilhelm Berkhan, Bericht für das Jahr 1977, in: Schriftenreihe Innere Führung, Nr. 9, 1978, S. 30 ff.
  - 4) Tradition in der Bundeswehr, Studie, Bundeswehramt, Abt.I/Grp InfÜ, 25. Februar 1975; Georg Leber, Rede vor der sicherheitspolitischen Tagung der SPD am 22.10.1977, Manuskript vom 13.10.1977; Andreas von Bühlow, Rede vor dem SPD-Ortsverein Bonn-West am 22. November 1977, Manuskript; Harald Wust, Rede vor dem Verwendungslehrgang GenSt/AdmSt 1976 am 30. Juni 1978, in: Information für die Truppe, Nr. 10, 1978, S. 46; Bundesminister der Verteidigung, Hrsg., Weißbuch 1979, Bonn 1979, S. 198
  - 5) Wust, a.a.O., S. 28; Bundesminister der Verteidigung, a.a.O., S. 196

## 2.2. Die Praxis der Traditionspflege

Am 18. September 1964 hatte der damalige Bundespräsident Truppenfahnen für die Verbände der Streitkräfte gestiftet. Er war damit weitgehend einem Wunsch der Truppen-Kommandeure gefolgt. Dieser Wunsch war jedoch nicht der nach einem traditionellen Feldzeichen, sondern beruhte auf praktischen Überlegungen.<sup>1)</sup> Wie wenig diese Truppenfahnen als Mittel der Selbstdarstellung gedacht sind, und wie wenig sie den einzelnen Soldaten etwa durch Wecken von Emotionen motivieren sollen und können, erhellt ZDv 10/7.<sup>2)</sup> Diese Vorschrift beschränkt das Zeigen und Mitführen der Truppenfahne auf sehr wenige Anlässe und verweist sie im Übrigen praktisch in die Rolle einer Wanddekoration im Dienstraum des Verbands-Kommandeurs.

Die Durchführung des feierlichen Gelöbnisses ist seit 1966 in der Vorschriftenreihe ZDv 10/8<sup>3)</sup> geregelt. Als Ort der Vereidigung bzw. des feierlichen Gelöbnisses nennt die Vorschrift das Kasernengelände oder ein entsprechendes Gelände im Übungsraum. Die Durchführung von feierlichen Gelöbnissen in der Öffentlichkeit wird auf eine Großveranstaltung je Jahr und Bundesland beschränkt. Öffentliche feierliche Gelöbnisse - so die Vorschrift<sup>4)</sup> - sollen die Verbundenheit zwischen Truppe und Bevölkerung festigen.

---

1) Alois Friedel, Symbole, Feldzeichen, Truppenfahnen, in: Truppenpraxis, Nr. 5, 1965, S. 338

2) ZDv 10/7, Die Truppenfahnen der Streitkräfte, Bonn, 3. Februar 1968

3) ZDv 10/8, Militärische Formen und Feiern, Kap. 1, Bonn, 3. September 1966

4) ZDv 10/8, S. 8, Ziff. 14

Bereits vor 1966 waren Vereidigungen und feierliche Gelöbnisse in der Öffentlichkeit durchgeführt worden. In aller Regel waren es nicht die Kommandeure, die auf derartige Veranstaltungen in der Öffentlichkeit drängten. Vornehmlich in den kleineren Standorten war längst zwischen Bevölkerung und Truppe ein Verhältnis guten Einvernehmens entstanden, so daß es häufig die kommunalen Vertreter waren, die derartige Veranstaltungen anregten, um - wie es oft hieß - "ihre Bundeswehr" einmal in der Öffentlichkeit zu sehen.

Das heute in den Streitkräften gepflegte militärische Zeremoniell ist nach Umfang und Bedeutung gering. Lediglich die Teilstreitkraft Marine kennt im Bordzeremoniell noch zahlreiche Bräuche, die sich auf Überlieferungen der internationalen Seefahrt gründen. Die entsprechende Vorschrift<sup>1)</sup> bezeichnet dieses Bordzeremoniell jedoch ausdrücklich als Förmlichkeiten, mißt ihnen also keine intellektuelle oder emotionelle Bedeutung zu. Das übrige militärische Zeremoniell, wie beispielsweise Flaggenparade oder Grußordnung, sind auf die militärischen Unterkünfte beschränkt. Sie wirken nicht in den Außenbereich, sondern werden lediglich als Ausdruck der Gemeinsamkeit aller Soldaten verstanden.

---

1) MDv 160/1, Heft 4, Nr. 4201, Bonn, 1. Januar 1979

Anders zu bewerten ist das Zeremoniell von Feldparade und Großem Zapfenstreich. In beiden Fällen kann ihm der Charakter militärischer Selbstdarstellung nicht abgesprochen werden. Beide unterliegen jedoch Genehmigungsverfahren durch die obere bzw. oberste militärische Führung, die es zumindest verhindern, daß die Truppe von sich aus mit Akten der Selbstdarstellung in die Öffentlichkeit wirkt.

### 2.3. Traditionspflege in der Diskussion

Die Diskussion über Traditionsfindung und Traditionspflege wurde innerhalb der Bundeswehr mit wechselnder Intensität seit Aufbau der Streitkräfte geführt. Ihre Bedeutung für den Alltag in der Truppe wurde und wird jedoch in der öffentlichen Diskussion überschätzt. Die Behauptung, daß sich in der Bundeswehr Ewig-Gestrige und Reformer, "Traditiona-  
listen" und "Traditionszerstörer" als hartnäckige Gegner gegenüberstanden, traf nicht den Kern der Auseinandersetzung. Sie wurde mit Recht zurückgewiesen.<sup>1)</sup>

Kern dieser Auseinandersetzung war - soweit diese sich ausschließlich auf "Tradition" und nicht etwa auf Kritik am Komplex Innere Führung bezog - weit mehr die Frage, wie Traditionspflege als Mittel der Erziehung verstanden und angewendet werden soll. Sollte sie stärker den emotionalen Bereich des Soldaten ansprechen, um beispielsweise sein Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken oder eher seine Entschlossenheit zum tapferen Kämpfen fördern?<sup>2)</sup> Oder aber war

---

1) Wolf Graf von Baudissin, Rundfunkvortrag, Süddeutscher Rundfunk, in: Information für die Truppe, Nr. 1, 1968, S.4

2) Zu letzterem ganz explizit: Heinz Karst, Das Bild des Soldaten, Boppard 1964

es wichtiger, seine Einordnung in militärische Unterordnungsverhältnisse zu unterstützen oder ihm ein Gefühl für militärische Zielsetzungen und seinen spezifischen Auftrag zu geben? Mit anderen Worten: Welche der Komponenten von Tradition (beruflich-professionelle, sozio-emotionale, politisch-strukturelle, programmatisch-normative) war im Zusammenhang soldatischer Erziehung wichtiger?

In seiner Rede am 30. Juni 1978 vor Absolventen des Verwendungslehrganges für den General-/Admiralstabdienst erwähnte der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr zwar, daß bei der Gestaltung von Tradition "das Gefühl mitschwingen mag", doch betonte er ausdrücklich, daß Tradition nicht Sache des Gefühls, sondern des Intellekts sei, die Kenntnisse der Geschichte ebenso voraussetze wie Kenntnisse der Zusammenhänge der Politik der Gegenwart.<sup>1)</sup> In der gleichen Rede betonte der Generalinspekteur zwar die Notwendigkeit einer Diskussion über das Thema "Tradition in der Bundeswehr",<sup>2)</sup> doch ließ er bei diesen Hinweisen offen, mit welcher Zielrichtung und mit welchen Partnern in Öffentlichkeit und Gesellschaft diese Diskussion geführt werden solle.

Erst sein Nachfolger gab mit Tagesbefehl an die Truppe bekannt, daß sich die Bundeswehr sachlicher Kritik der Öffentlichkeit an Traditionsfindung und Traditionspflege stellen werde. Doch diese offizielle Erklärung zu einer breiten Diskussionsbereitschaft erfolgte erst, als die von

---

1) Wust, a.a.O., S. 29

2) Wust, a.a.O., S. 26 und 46

der politischen und obersten militärischen Führung befohlenen öffentlichen feierlichen Gelöbnisse aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr als Akte der Selbstdarstellung zu heftigen Unmutsäußerungen und Ausschreitungen geführt hatten.

Insgesamt gesehen kann man aber sagen, daß die Binnenfunktion von Tradition im militärischen Selbstverständnis die wichtigere ist. Dem sind zwei Einschränkungen hinzuzufügen. Zum einen ist bislang unklar geblieben und offenbar auch in der Bundeswehr nicht ausdiskutiert, welchen Stellenwert die einzelnen Komponenten (bezogen auf die Binnenfunktion und dort insbesondere die soldatische Erziehung) haben sollen. Zum anderen liegt in der Weiterentwicklung oder Verstärkung der Binnenfunktion von Tradition die Gefahr, daß diese als verstärkte Außendarstellung der Bundeswehr durchschlägt und in der Öffentlichkeit zu dem Eindruck führt, die Bundeswehr beanspruche einen herausgehobenen Rang in der Gesellschaft.



### 3. Die Auffassung gesellschaftlich relevanter Gruppen zur militärischen Tradition

#### 3.1 Parteien

##### 3.1.1 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Der SPD ist gelegentlich der Vorwurf gemacht worden, ihre Auffassung zur Traditionspflege in der Bundeswehr sei gespalten: Regierungsmitglieder wirkten an Beschlüssen mit, die Formen der Traditionspflege unterstützten, gegen die andere Mitglieder der Partei Sturm liefern. Tatsächlich gibt es in der SPD eine lebhafte Diskussion über die Formen, in denen Traditionspflege erfolgen kann und soll. Andererseits aber ist der Bereich gemeinsamer Überzeugungen bei näherer Betrachtung größer als es auf den ersten Blick erscheint und lautstark geführte Auseinandersetzungen um Details der Traditionspflege vermuten lassen.

Der Bereich der gemeinsamen Überzeugungen dürfte durch die "Thesen zur Tradition in der Bundeswehr" des SPD-Bezirks Mittelrhein vom August 1977<sup>1)</sup> und das "Positionspapier zu Grundsatzfragen der Bundeswehr" des SPD-Parteivorstands von 1979<sup>2)</sup> abgesteckt sein. Beide Dokumente sind in ihren Aussagen relativ allgemein gehalten. Sie wollen offensichtlich das fixieren, was in der SPD in dieser Beziehung konsensfähig ist.

---

1) Wiedergegeben in: Frankfurter Rundschau, 31. Aug. 1977; im folgd. zit. als: Thesen.

2) Wiedergegeben in: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik, Nr. 1/2, 1980, S. 9-12; im folgd. zit. als: Positionspapier. Das Papier wurde am 5. Okt. 1979 von Parteivorstand und Parteirat der SPD verabschiedet.

Ausgangspunkt ist die folgende Feststellung der Thesen:

"Die Bundeswehr ist die erste deutsche Armee, die der Demokratie verpflichtet ist und deren Auftrag ausschließlich auf Friedenserhaltung... beschränkt ist... Diesen Auftrag muß Traditionspflege in der Bundeswehr verdeutlichen."<sup>1)</sup>

Damit ist für die Bundeswehr ein doppeltes Unterstellungsverhältnis festgelegt, das sich auf die politisch-strukturelle und programmatisch-normative Komponente der Außenfunktion militärischer Tradition bezieht: Zum einen ist die Bundeswehr Teil einer demokratisch verfaßten Gesellschaft, also ihren Regeln unterworfen, und kann mithin keinen hervorgehobenen Rang beanspruchen. Zum anderen ist sie der Aufgabenstellung der Friedenserhaltung unterworfen; ein Auftrag, der nicht auf die Funktion der reinen Kriegführung verkürzt werden kann, so daß militärische Traditionspflege auch nicht an letzterer orientiert sein darf.

Der Bezug der Traditionspflege zu demokratischen Werten ist im Positionspapier noch einmal präzisiert.

"Werte ohne Bezug zum demokratischen Staat und seiner Wertordnung sind nicht traditionswürdig. Verhaltensweisen, wie z.B. Tapferkeit, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft oder Selbstlosigkeit, müssen an die Normen unserer freiheitlichen Ordnung gebunden sein."<sup>2)</sup>

---

1) In: Frankfurter Rundschau, 31. Aug. 1977

2) Positionspapier, in: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik, a.a.O., S. 10 f.

Die Thesen führen als Beispiele traditionswürdiger Werte an: Achtung der Menschenrechte, Schutz des Lebens anderer, Selbstbestimmung des Menschen, Achtung der Würde des anderen, Schutz des Schwächeren und von Minderheiten. Die erwähnten soldatischen Tugenden der Tapferkeit, Pflichterfüllung etc. werden also nur dann als traditionswürdig erachtet, wenn sie zur Realisierung dieser Werte beitragen.

Damit wird ausgeschlossen, daß im Rahmen der beruflich-professionellen Komponente militärischer Tradition soldatische Tugenden oder militärfachliches Können ohne einen solchen Bezug zum Vorbild erhoben werden. Vielmehr soll gerade die beruflich-professionelle Komponente in die demokratische Wertordnung eingebettet sein, d.h. ihre binnenfunktionale Bedeutung darf keine außenfunktionale Eigendynamik gewinnen.

Eine ähnliche Einschränkung dürfte für die sozio-emotionale Komponente gelten, jene Traditionselemente also, die die Identifikation mit der Bundeswehr stärken und die Herausbildung eines Zusammengehörigkeitsgefühls stützen sollen, und die mit dem Verweis auf die Bindungen in der Bundeswehr, die durch Traditionspflege geschaffen werden, durchaus Berücksichtigung findet.

Das geht indirekt daraus hervor, daß in den Thesen wie dem Positionspapier Wert auf die Feststellung gelegt wird, daß Traditionspflege der Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft zu dienen habe. Die traditionsgestützte Identifikation mit der Bundeswehr muß mithin ebenfalls an der demokratischen Ordnung orientiert sein und darf nicht zu einem Bewußtsein der Exklusivität werden, d.h. unkontrolliert nach außen durchschlagen.

Grundsätzlich bestimmt sich also die Binnenfunktion von Tradition nach ihrer Außenfunktion. Für die Außenfunktion gilt, daß eine diesbezügliche Traditionspflege auf der Unterstellung des Militärs unter eine demokratische Wertordnung und den Auftrag der Friedenssicherung beruhen muß. Es werden daher über die Außenfunktion von Tradition jene Werte und Normen eingeführt, die nach Auffassung der SPD den Gehalt einer demokratischen Ordnung ausmachen, der sich auch die Bundeswehr zu unterstellen hat.

Das zielt offensichtlich darauf ab zu verhindern, daß die Bundeswehr eine traditionsgestützte Sonderstellung in der Gesellschaft einnimmt. In der aktuellen Diskussion um die Gelöbnisfeiern haben Kritiker aus den Reihen der SPD wiederholt auf diesen Punkt verwiesen; so die saarländischen Abgeordneten, die ihre Nichtteilnahme an dem öffentlichen Gelöbnis in Saarbrücken in einem offenen Schreiben unter anderem damit begründeten, daß es ihnen auch darum ginge,

"...ersten erkennbaren Ansätzen einer Sonderstellung der Bundeswehr in unserer Gesellschaft entgegenzutreten."<sup>1)</sup>

Die Einfügung militärischer Traditionspflege in die demokratische Ordnung hat, wie das Positionspapier deutlich

---

1) Schreiben der SPD-Abgeordneten Kaspar, Klimmt, Kopp u.a. an den Kommandeur im Verteidigungsbezirk Saarland, wiedergegeben in: Politisch-Parlamentarischer-Pressedienst, Nr. 207, 31. Jg., 28. Okt. 1980, S. 6, die sich im übrigen auf das Positionspapier berufen; vgl. auch Reinhard Klimmt, Militärschauspiel mit Großem Zapfenstreich unangemessen, in: Saarbrücker Zeitung, 11. Nov. 1980, sowie die Stellungnahme des bremischen Jugendsenators Henning Scherf gegen die Form der öffentlichen Gelöbnisse in: Stuttgarter Nachrichten, 20. Sept. 1980

macht, noch eine andere Dimension: sie bedingt zugleich eine Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit, die besonders die Rolle der Wehrmacht in der Zeit von 1933 - 1945 kritisch durchleuchten muß. Diese Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen, sondern

"...eine historisch auf absehbare Zeit bleibende und sich ständig neu stellende Aufgabe..."<sup>1)</sup>

Wichtig ist dabei nach Auffassung des Positionspapiers, daß dies eine Vergangenheit ist,

"...in der Traditionen demokratischer, liberaler, sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Herkunft häufig genug brutal unterdrückt worden sind."<sup>2)</sup>

An diesem Punkt kommt die besondere Sensibilität der SPD gegenüber militaristischen Tendenzen und möglichen Entwicklungen der Streitkräfte zu einem Staat im Staat oder zu einer herausgehobenen Machtstellung zum Ausdruck. Sie erklärt sich aus der Geschichte der SPD als eines Teils der Arbeiterbewegung, die im 19. und noch im 20. Jahrhundert tatsächlich oft durch militärische Mittel unterdrückt wurde.

Diese Sensibilität ist der Hintergrund der teilweise sehr heftigen Reaktionen der SPD-Basis auf die öffentlichen Ge-

---

1) Positionspapier, in: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik, a.a.O., S. 10

2) Ebda., S. 10

löbnisse der letzten Zeit.<sup>1)</sup> Der generelle kritische Tenor war dabei der, daß die dafür gewählte Form mit Großem Zapfenstreich, Choral und 'Helm ab zum Gebet' zu viele Verbindungen mit einer überwunden geglaubten Vergangenheit aufweist (Choral und Gebet als Ausdruck einer Einheit von Thron und Altar, der Große Zapfenstreich als 'vordemokratisches' Militärgepränge oder überholtes 'Landsknechtzeremoniell'), um als dem eigentlichen Zweck angemessen gelten zu können.<sup>2)</sup>

Dabei wurde allerdings auch betont, daß man das Gelöbnis als solches grundsätzlich befürworte, weil die damit verbundene Verpflichtung der Soldaten auf die Verfassung die nach sozialdemokrat

- 
- 1) In diesem Zusammenhang ist darauf aufmerksam zu machen, daß es fast an allen Orten, an denen 1980 Gelöbnisse stattfanden, zu Protesten der SPD-Ortsverbände, teilweise der Landtagsfraktionen gekommen ist, oft begleitet von demonstrativem Fernbleiben von der Feier - so nach Bremen u.a. in: Saarbrücken lt. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. Nov. 1980, in München lt. Süddeutsche Zeitung v. 4. Nov. 1980, in Stuttgart lt. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 4. Nov. 1980, in Bonn lt. Süddeutsche Zeitung v. 24. Okt. 1980, in Hannover lt. Frankfurter Rundschau v. 13. Nov. 1980 - und daß der Ärger über die Gelöbnisfeiern bis weit in die Parteispitze reichte. Der SPD-Vorstand hat daher am 7. Nov. 1980 für die Kritik an der Form der feierlichen Gelöbnisse sein Verständnis bekundet, siehe Süddeutsche Zeitung v. 8. Nov. 1980
- 2) Siehe unter den kritischen Stimmen dazu die Erklärung von Hans Koschnik, wiedergegeben in: Sozialdemokratischer Pressedienst, Nr. 217, 35. Jg., 1. Nov. 1980, S. 1 - 3, sowie die Presseerklärung von Horst Ehmke vom 26. Aug. 1980, Bericht dazu in: Welt am Sonntag, 7. Sept. 1980

scher Auffassung entscheidende Bindung an die demokratische Werteordnung impliziert.<sup>1)</sup>

Auch die Öffentlichkeit des Gelöbnisses ist im Grundsatz nicht umstritten gewesen, denn es ist unter diesem Blickwinkel ebenso wichtig, diese Bindung öffentlich zu dokumentieren.<sup>2)</sup> An diesem Punkt sind Einwände denn auch eher als Überlegungen zum richtigen Grad an Öffentlichkeit und Ort der Veranstaltung formuliert worden, nicht so sehr mit der Vorstellung, die Öffentlichkeit überhaupt auszuschließen.

Grundsätzlich kann aus dieser Position der SPD kaum - wie es gelegentlich geschieht - eine Ablehnung der Bundeswehr unterstellt werden. Sie wird als Einrichtung des demokratischen Staates von der SPD nicht nur mitgetragen, Hans Koschnick hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß bereits

"... das Erfurter Programm von 1890 die verpflichtete 'Wehrhaftigkeit' und die allgemeine Volksbewaffnung forderte... (und) Friedrich Engels die 'allgemeine Wehrpflicht' als die 'einzige demokratische Institution' Preußens bezeichnete..."<sup>3)</sup>

Nicht Militärfeindlichkeit ist in den Diskussionen der SPD das Problem, sondern die im Detail schwer zu beantwortende Frage, welche Formen von Traditionspflege noch der Forderung nach Bindung an die demokratische Werteordnung entsprechen und welche nicht mehr.

---

1) Siehe die Erklärungen von Koschnick in: Sozialdemokratischer Pressedienst, a.a.O., S. 2 und Ehmke, Welt am Sonntag, a.a.O.

2) Siehe besonders Ehmke, Welt am Sonntag, a.a.O.

3) Hans Koschnick in: Sozialdemokratischer Pressedienst, a.a.O., S. 2

### 3.1.2 Freie Demokratische Partei (FDP)

Mit einem Beschluß "Leitgedanken zur Tradition in Gesellschaft und Bundeswehr" vom 31. 7. 1978 hat die FDP sehr ausführlich zu Fragen der Tradition in der Bundeswehr Stellung genommen und dem Beschluß darüber hinaus Materialien zur liberalen Militärtradition im 19. und 20. Jahrhundert beigelegt.<sup>1)</sup>

Diese Leitgedanken bilden einen Versuch, militärische Tradition in einen liberalen Zusammenhang zu stellen. Wenn im liberalen Verständnis die Bundesrepublik Deutschland die Erfüllung der 1848 gescheiterten Revolution ist, dann muß dies auch das Selbstverständnis der Bundeswehr prägen, wie der Beschluß an einer Stelle formuliert. Militärische Tradition kann daher nur an der demokratischen Wertordnung orientiert sein und soll sich als Bestandteil der demokratischen und republikanischen Tradition in Deutschland verstehen.

Dementsprechend wird hinsichtlich konkreter Leitbilder verwiesen auf die

"...republikanischen Wehrverfassungen in den freien Reichsstädten seit dem Mittelalter, die Bauernkriege (Bundschuh), die deutschen Vertreter der Ziele der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (wie z.B.

---

1) Es handelt sich dabei um einen Beschluß des Landesfachausschusses für Außen- und Europapolitik der FDP Nordrhein-Westfalen, wiedergegeben in: Dt. Jungdemokraten, Hrsg., Zur Traditionspflege in der Bundeswehr, Beschlüsse von DJD und FDP, Materialien, Düsseldorf, April 1979, S. 7 - 13



Schurz, Hecker), der französischen Revolution (wie Forster), die liberalen preußischen Reformer (wie Scharnhorst, Gneisenau, Clausewitz, vom Stein, Rotteck u.a.), die Vertreter der Freiheitskriege (wie Lützow), der 1848er Revolution, der demokratischen Oppositionsbewegung gegen die autokratisch-monarchische Herrschaft, sowie jene Entwicklungen und Ereignisse seit der Revolution vom November 1918 bis einschließlich des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, die für eine liberale und demokratische Traditionspflege fruchtbar gemacht werden können."<sup>1)</sup>

Eine so verstandene Traditionspflege hat sich ganz explizit gegen die autoritär-konservativen und militaristischen Traditionen des Deutschen Reiches von 1871 wie gegen den faschistischen Staat abzusetzen. Sie steht im Gegensatz zu den Leitbildern preußisch-konservativ geprägter deutscher Militärtradition, und ihre besondere Aufgabe ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich.<sup>2)</sup>

Erkennbar thematisiert diese, hinsichtlich vieler militärischer Traditionselemente sehr kritische liberal-demokratische Auffassung in erster Linie die Außenfunktion militärischer Tradition, also die Darstellung der Stellung und Aufgabe der Streitkräfte in und für die Gesellschaft. In die-

---

1) Zur Traditionspflege in der Bundeswehr, a.a.O., S. 10

2) Ebd., S. 10 f.

sem Zusammenhang wird die Bundeswehr als Teil der Gesellschaft gesehen. Sie ist in programmatisch-normativer Hinsicht zwar mit einer spezifischen Aufgabe (Schutz der Gesellschaft gegen Angriffe) betraut. Diese aber rechtfertigt es keineswegs, der Bundeswehr eine besondere, hervorgehobene Stellung in der Gesellschaft zuzusprechen. Ihre Traditionspflege hat sich mithin als Bestandteil der demokratischen und republikanischen Tradition in Deutschland zu verstehen.

Letzteres nun wird ganz explizit auch auf die internen Verhältnisse in den Streitkräften bezogen. Typisch dafür ist die Aussage, daß eine im demokratischen Bewußtsein fußende Militärtradition in der täglichen Praxis

"...die zweckentsprechende Anwendung demokratischer Prinzipien (Unantastbarkeit der Würde des Menschen, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung) im soldatischen Alltag erfordert."<sup>1)</sup>

Hier wird erkennbar, in welchem Maße die liberalen Grundvorstellungen auf die Streitkräfte - auf ihre internen Verhältnisse wie die Außenfunktion ihrer Tradition - übertragen werden. Militärische Tradition wird so in gewissem Sinne auf liberale Auffassungen hin instrumentalisiert, ohne daß dabei aber Existenz und Auftrag der Bundeswehr im Sinne von Verteidigungsbereitschaft und Friedenssicherung in Zweifel gezogen würden.

---

1) Ebda., S. 11

Die FDP bejaht in ihren Leitgedanken die Traditionspflege der Bundeswehr, stellt sie jedoch in einen expliziten Zusammenhang mit der eigenen liberalen Tradition. Diese Einbettung erfährt nur an zwei Stellen eine Relativierung.

Zum einen wird in Abschnitt I, "Zum gesellschaftlichen Verständnis von Tradition" unter Punkt 5 darauf verwiesen, daß Tradition auch den Zweck hat, ein Identitätsgefühl und "Wir"-Bewußtsein zu schaffen.<sup>1)</sup> Die Leitgedanken akzeptieren damit offenbar im Rahmen der eingangs erwähnten Binnenfunktion von Tradition, auch die sozio-emotionale Komponente.

Allerdings wird die Berücksichtigung der sozio-emotionalen Komponente ausdrücklich unter einen Vorbehalt gestellt, wenn davon die Rede ist, daß Tradition in diesem Zusammenhang als Mittel politischer Aufklärung und vernünftiger Handlungsorientierung aufzufassen ist. Damit soll offensichtlich einer unkontrollierten Emotionalisierung vorgebeugt werden.

Zum anderen wird in Abschnitt II, "Zum Traditionsverständnis der Bundeswehr", unter Punkt 2 hervorgehoben, daß

"...jene Werte und Verhaltensweisen besonders gepflegt werden (können), die ihre Gültigkeit und Brauchbarkeit für den organisatorischen Bestand und die Aufgabenerfüllung der Streitkräfte erwiesen haben."<sup>2)</sup>

---

1) Ebda., S. 8

2) Ebda., S. 8

Das zeigt, daß die Leitgedanken die Bedeutung der Binnenfunktion von Tradition auch im weiteren Zusammenhang der politisch-strukturellen und programmatisch-normativen Aspekte anerkennen. Der Vorbehalt, der sich hier findet, läuft darauf hinaus, jene technokratische Tendenz abzulehnen, die

"... das Militär auf das unpolitische Verständnis von Militärhandwerk und den politisch bewußten Soldaten auf den reinen Militärtechniker reduziert."<sup>1)</sup>

Damit wird im besonderen die beruflich-professionelle Komponente der Binnenfunktion von Tradition zurückgedrängt, denn diese hebt ja gerade, wie oben erwähnt, darauf ab, technisch-berufliches Wissen und Können über Tradition zu rechtfertigen und zu stabilisieren. Die Leitgedanken sehen darin deshalb eine Gefahr, weil ohne eine Abstützung in liberal-demokratischen Werten ein solches Können leicht zu nicht-demokratischen Zwecken eingesetzt werden kann.

Traditionspflege in der Bundeswehr wird von der FDP grundsätzlich bejaht; auch die Binnenfunktion der Streitkräfte wird in sozio-emotionaler, politisch-struktureller und programmatisch-normativer Hinsicht gewürdigt.

Dabei lehnen die Leitgedanken - durchaus im Unterschied zu anderen kritischen Äußerungen zur militärischen Tradition -

---

1) Ebda., S. 8

die Vorstellung ab, es könne einen zeitlichen Nullpunkt hinsichtlich der Traditionsorientierung, etwa mit dem Jahr 1945, geben:

"Tradition in der Bundeswehr, die sich auf den bloßen Existenzzeitraum der neuen deutschen Streitkräfte beschränkt, schneidet sich selbst von Zeugnissen, Haltungen und Erfahrungen vorangegangener Generationen ab, die als liberale, republikanische und demokratische Überlieferung für unsere Zeit durchaus Bedeutung haben."<sup>1)</sup>

Vertreter der FDP, wie ihr Vorsitzender Hans-Dietrich Genscher und der verteidigungspolitische Sprecher, Jürgen W. Möllemann, haben in der aktuellen Diskussion um die Gelöbnisfeiern den Standpunkt vertreten, daß es auch weiterhin möglich sein muß, solche Gelöbnisse öffentlich durchzuführen. Da die Bundeswehr nach liberaler Auffassung Teil dieser Gesellschaft und dieses Staates ist, kann man sie nicht "hinter die Kasernentore zurückschieben", ohne ein gebrochenes Verhältnis zu einer der wichtigen Einrichtungen des Staates zu dokumentieren.<sup>2)</sup>

---

1) Ebda., S. 8, vgl. auch S. 11

2) So Hans-Dietrich Genscher in einem Interview mit dem Südwestfunk vom 7. Sept. 1980, wiedergegeben in: Freie Demokratische Korrespondenz, Ausgabe 275 vom 7. Sept. 1980; vgl. auch die Rede von Jürgen W. Möllemann im Bundestag am 26. Nov. 1980, wiedergegeben in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 9. Wahlperiode, 6. Sitzung, 26. Nov. 1980, S. 108 - 114, hier: S. 113 f.

Andererseits aber ist sehr wohl die Frage zu stellen, ob die für die Gelöbnisfeiern gewählte Form mit Großem Zapfenstreich und "Helm ab zum Gebet" sehr glücklich war. Hier wären aus liberaler Sicht zeitgemäßere Formen denkbar.<sup>1)</sup>

---

1) So Jürgen W. Möllemann in einem Interview mit der Oldenburger "Nordwest-Zeitung" vom 11. Nov. 1980, wiedergegeben in: FDK-Tagesdienst, Jg. 827/80, 11. Nov. 1980. Ähnlich auch Innenminister Baum am 2. Sept. 1980 in einer Rede in Osnabrück lt. Süddeutsche Zeitung, 3. Sept. 1980

#### 4.1.3 Christlich-Demokratische Union und Christlich-Soziale Union (CDU/CSU)

Im Unterschied zu SPD und FDP bewerten CDU und CSU, wie ihre verteidigungspolitischen Sprecher zu vielen Gelegenheiten verdeutlicht haben, die von der Bundeswehr gepflegten Traditionen auch und gerade in den Formen positiv, die bei SPD und FDP und in der Öffentlichkeit umstritten sind.

So hat der verteidigungspolitische Sprecher der CDU und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Wörner, in mehrfachen Äußerungen die für die öffentlichen Gelöbnisse von Wehrpflichtigen praktizierte feierliche Form mit Großem Zapfenstreich ausdrücklich verteidigt und dazu ausgeführt:

"Es entspricht zutiefst der menschlichen Natur, besondere Markierungspunkte im Leben dadurch aus dem Alltag hervorzuheben, daß man sie in besonderer - nämlich feierlicher oder festlicher Form - begeht... Die feierliche Form soll zum Nachdenken anregen, das Geschehen in der inneren Erlebniswelt verankern und in der Erinnerung haften lassen."<sup>1)</sup>

---

1) Manfred Wörner, Öffentliches Gelöbniß bei der Bundeswehr? in: Deutschland-Union-Dienst, Nr. 217, 34. Jg., 14. Nov. 1980, S. 2-3; siehe auch ders., öffentliches Gelöbniß - Natürlich, in: Stuttgarter Nachrichten, 20. Sept. 1980; ähnlich die Äußerungen Wörners am 12. Nov. 1980 im ZDF in einer Sendung aus Anlaß des 25. Jahrestags der Bundeswehr und in der Sendung "Pro und Contra" der ARD vom 29. Mai 1980; vgl. auch seine Rede vor dem Bundestag vom 26. Nov. 1980, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 9. Wahlperiode, 6. Sitzung, 26. Nov. 1980, S. 97-105, hier S. 104 f.

Unverkennbar erhält hier die sozio-emotionale Komponente eine ganz besondere Betonung. Wie erläutert, wird zwar auch in den Leitgedanken der FDP die sozio-emotionale Komponente der Binnenfunktion militärischer Tradition durchaus beachtet, jedoch unter einen Vorbehalt gestellt, der eine unkontrollierte Emotionalisierung verhindern soll. Im Zusammenhang der Äußerungen von Wörner ist ein solcher kontrollierender Vorbehalt nicht zu finden.

Wie oben erwähnt, kann Tradition im Sinne ihrer Binnenfunktion Prozesse der Identitätsfindung von Gruppen und die Herausbildung eines Zusammengehörigkeitsgefühls fördern und stützen. Ohne kontrollierende Momente hinsichtlich des emotionalen Gehalts der diesbezüglichen Traditionselemente kann aber auch, wie die Geschichte zeigt, eine sachfremde Überidentifikation einsetzen und das sich formierende "Wir"-Bewußtsein zu einem Bewußtsein undemokratischer Exklusivität führen.

Noch in einem anderen Punkt ist ein deutlicher Unterschied zu den Auffassungen von SPD und FDP aufweisbar. Bereits vor einigen Jahren hat Manfred Wörner auf die Feststellung Wert gelegt, daß die Bundeswehr ein gutes Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit entwickelt und erkannt habe, "daß auch im II. Weltkrieg Persönlichkeiten vorhanden waren, die den Ansprüchen genügen, Traditionsfiguren zu sein."<sup>1)</sup>

---

1) Manfred Wörner in einem Interview mit der ARD in der Sendung "Bericht aus Bonn" vom 12. Nov. 1976



In diesen Zusammenhang gehört auch seine Ausführung, es sei

"... eine Beleidigung aller deutschen Soldaten der letzten Kriege, wenn Namen wie Rommel, Richthofen oder Guderian aus dem Bereich der Bundeswehr verschwinden. Das ist ein Versuch, die deutsche Militärgeschichte zu verfälschen."<sup>1)</sup>

Wörner unternimmt hier gerade das, wovon die FDP in ihren oben erörterten Leitgedanken warnt: mit Hilfe bestimmter Vorbilder die beruflich-professionelle Komponente militärischer Tradition hervorzuheben; denn der Vorbildcharakter der genannten Personen soll sich offensichtlich auf ihr soldatisch-handwerkliches, militärfachliches Können beziehen.

Das Problem dabei ist, daß - so wichtig beruflich-professionelle Standards im militärischen Zusammenhang sein mögen - einer nur oder primär an ihnen ausgerichteten Traditionspflege die Orientierung für die normativen (demokratischen) Zielsetzungen soldatischen Tuns fehlen muß. Ein Rundfunkkommentator hat diesen Punkt wie folgt zugespitzt:

"Den Mut und die Tapferkeit von Soldaten des II. Weltkriegs zu rühmen, ohne das Regime in Betracht zu ziehen, unter dem sie kämpften, käme der Feststellung gleich, daß man bei allem Abscheu vor der Gewalttat der Lorenz-

---

1) Interview mit Manfred Wörner, in: Bild am Sonntag, 9. Dez. 1979

Entführung doch Respekt haben müsse vor der herausragend präzisen, mutigen und auch anständigen Durchführung." <sup>1)</sup>

Wie ausgeführt, finden sich in den Auffassungen von SPD und FDP die sozio-emotionale und beruflich-professionelle Komponente von Tradition unter bestimmte Vorbehalte und Beschränkungen gestellt. Damit soll der Gefahr einer unkontrollierten Emotionalisierung militärischer Existenz und des Einsatzes militärischen Könnens zu beliebigen Zwecken vorgebeugt werden. Bei der CDU/CSU wird diese Gefahr offensichtlich eher für gering erachtet. Stellungnahmen der CDU/CSU lassen Tendenzen erkennen, die der Bundeswehr eine besondere und hervorgehobene Stellung in der Gesellschaft zusprechen. Eine hervorgehobene Stellung wird aufgrund ihrer besonderen Aufgabe gerechtfertigt:

"Der junge Soldat übernimmt besondere Pflichten, die ... gegebenenfalls bis zum Einsatz des eigenen Lebens gehen. Zu diesem Punkt unterscheiden sich soldatische Dienstpflichten elementar von denen anderer Gruppen." <sup>2)</sup>

Es ist nicht zu übersehen, daß die CDU/CSU damit eine Variante der bekannten "Sui-Generis"-These vertritt und auf die Traditionspflege in der Bundeswehr angewendet lautet sie:

---

1) E. Wolf in der Sendung "Kulturelles Wort" im Norddeutschen Rundfunk am 22. Febr. 1977

2) Manfred Wörner, Öffentliches Gelöbnis bei der Bundeswehr? in: Deutschland-Union-Dienst, Nr. 217, 34. Jg., 14. Nov. 1980, S. 2

"Die militärische Traditionspflege versichert den Soldaten der Bundeswehr des Besonderen seiner Existenz."<sup>1)</sup>

Militärische Tradition dient in dieser Auffassung dazu, das Besondere und Außerordentliche des Soldatseins und der Bundeswehr sinnfällig zu verdeutlichen. Diesem Zweck ist eine verstärkte Emotionalisierung, etwa der Inpflichtnahme junger Rekruten, und eine Betonung militärischer Professionalität besonders angemessen.

Die hier vertretene Auffassung von Traditionspflege, die letztlich von der "Sui-Generis"-These ausgeht, verstärkt die zunächst nur binnenfunktionale Bedeutung der beruflich-professionellen und sozio-emotionalen Komponente, so daß sie auch auf die Außenfunktion von Tradition durchschlägt. Es geht in diesem Sinne nicht nur um die Herausbildung eines Zusammengehörigkeitsgefühls innerhalb der Streitkräfte, sondern um ein traditionsgestütztes Bewußtsein der Besonderheit, nicht nur um die Entwicklung professioneller Standards, sondern um die durch Traditionspflege untermauerte Etablierung eines militärischen Berufsethos, das wegen seiner angenommenen spezifischen Andersartigkeit auch Anspruch auf besondere Beachtung und Respektierung besitzt.

---

1) Jürgen Busche, Ist der Zapfenstreich überholt? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Nov. 1980

In diesem Zusammenhang haben Mitglieder der CDU/CSU mehrfach darauf hingewiesen, daß die Bundeswehr sich der breiten Unterstützung der Bevölkerung gewiß sein muß, und gerade die demokratischen Parteien ihr Dank und Anerkennung schulden.<sup>1)</sup> Im Rahmen der aktuellen Diskussion um die Gelöbnisfeiern hat Manfred Wörner nicht nur die Notwendigkeit der Feierlichkeit, sondern auch der Öffentlichkeit solcher Gelöbnisse betont.

Die Öffentlichkeit der Gelöbnisse hat dabei für Wörner nicht nur den Zweck, der traditionsorientierten Selbstdarstellung der Bundeswehr eine möglichst breite Resonanz zu verschaffen, um die Besonderheit des Dienstes für sie darzutun, es soll damit zugleich die Zustimmung der Bevölkerung zum Wehrdienst und die Unterstützung der Bundeswehr öffentlich dokumentiert werden.<sup>2)</sup> Ist das aber nicht mehr möglich, dann allerdings könnte die Bundeswehr

"... als Folge der Verweigerung künftiger Selbstdarstellung ins Ghetto abgedrängt werden."<sup>3)</sup>

Um es zu wiederholen:

Im Unterschied zu SPD und FDP hebt die CDU/CSU die beruflich-professionelle und sozio-emotionale Komponente von Traditionspflege besonders hervor. Ihre Vorstellung militä-

---

1) So u.a. Peter Jacoby, Es geht um die Verteidigung demokratischer Werte, in: Saarbrücker Zeitung, 11. Nov. 1980

2) Manfred Wörner, Öffentliches Gelöbniß in der Bundeswehr? in: Deutschland-Union-Dienst, Nr. 217, 34. Jg., 14. Nov. 1980, S. 2-3; vgl. auch Willi Weiskirch, Die Bundeswehr dient der Sicherung des Friedens, in: Deutschland-Union-Dienst, Nr. 215, 34. Jg., 12. Nov. 1980, S. 3-4

3) Manfred Wörner, Freiheit und Frieden haben ihren Preis, in: Deutschland-Union-Dienst, Nr. 216, 34. Jg., 13. Nov. 1980, S. 2 f.

rischer Tradition ist auf die Besonderheit des Soldatenseins im Sinne der "Sui-Generis"-These ausgerichtet und ähnelt insofern Auffassungen wie sie auch von Teilen der militärischen Führer vertreten werden.<sup>1)</sup>

#### 4.1.4 Sonstige Parteien

Hinsichtlich der Auffassung anderer Parteien zur militärischen Traditionspflege war unser Material nicht sehr umfangreich. Wir werden uns daher auf wenige wichtige Punkte beschränken. Außer Betracht bleiben dabei Parteien, die eindeutig als rechtsextrem einzustufen sind, wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Für sie ist die Traditionspflege, wie sie in der Bundeswehr betrieben wird, allemal zu dürftig und damit ungeeignet für den Zweck der Vorbereitung einer Ausrichtung der Gesellschaft am Führerprinzip, die von dieser Seite angestrebt wird.

Im politischen Spektrum links der SPD werden Auffassungen vertreten, die deutlich über eine Kritik an der Form der Traditionspflege - etwa in Gestalt der öffentlichen Gelöbnisfeiern - hinausgehen. Der Widerstand gegen die Gelöbnisfeiern dient im Umkreis dieser Auffassungen dazu, die militärische Tradition in der Bundesrepublik und die Existenzberechtigung der Bundeswehr in Frage zu stellen.

---

1) Siehe dazu Wolfgang R. Vogt, Theoretische und ideologische Konzepte zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft, in: Klaus-Dieter Schwarz, Hrsg., Sicherheitspolitik, 3. Aufl., Bonn 1978, S. 545-591, hier: S. 557 f., der die "Sui-Generis"-These sehr deutlich herausarbeitet

Als Beispiele für Auffassungen dieser Art wollen wir kurz die Argumente der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) skizzieren.

Für die streng DDR-orientierte DKP hat die Traditionspflege der Bundeswehr eindeutig "reaktionären Klassencharakter". Dieser Klassencharakter von Tradition wird in der Bundeswehr allerdings durch die Behauptung "zeitloser soldatischer Werte" verschleiert. Damit gelingt es, reaktionäre geschichtliche Überlieferungen in der Bundesrepublik unter dem Mantel der Zeitlosigkeit für den Bundeswehrsoldaten akzeptabel zu machen.<sup>1)</sup>

Die Traditionspflege der Bundeswehr wird auf diese Weise, wie eine DDR-Publikation formuliert, zu einem

"...Bestandteil der Vorbereitung der imperialistischen Armee der BRD auf den Aggressionskrieg gegen die DDR... Charakter, Funktion und Wirksamkeit dieser Traditionspflege werden davon bestimmt, daß das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland die Fortsetzung der reaktionären Tradition der deutschen Geschichte darstellt."<sup>2)</sup>

- 
- 1) Siehe Gerhard Bogisch, Zu einigen Aspekten der Traditionspflege in der NVA, in: Zeitschrift für Militärgeschichte (DDR), 8. Jg., 1969, S. 403-415, hier: S. 408. Diese DDR-Quelle hat für die DKP autoritativen Charakter.
  - 2) Gerhard Bogisch, Zu einigen Aspekten der Traditionspflege in der NVA, a.a.O., S. 407 f.; vgl. auch Erich Poppitz, Zwei Klassenlinien der militärischen Traditionspflege in Deutschland, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, (DDR) 7. Jg., 1968, S. 320 ff. und passim.

Aus dieser Sicht kann militärische Traditionspflege nichts anderes als ein (ideologisches) Mittel des Kampfes gegen den Sozialismus - wie ihn die DKP versteht - sein.

Anders ist die Argumentationslinie des KBW. Sein Kampf gegen die öffentlichen Vereidigungen ist nicht gegen die Traditionspflege in der Bundeswehr als solche gerichtet (etwa um deren Klassencharakter aufzudecken), er versteht sich vielmehr ganz explizit als Teil des Kampfes gegen die "bürgerliche, diktatorische Militärverfassung". Dieser Kampf steht

"... unter der Forderung nach der allgemeinen Volksbewaffnung als demokratischer Hebel zur Entwaffnung der Kapitalistenklasse von den unter ihrem Kommando stehenden militärischen Truppen."<sup>1)</sup>

Und er ist notwendig, weil es historisch immer die Freiheit des Privateigentums, die Freiheit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war, die

"... die bürgerlichen Armeen nach innen gegen die Arbeiter, nach außen gegen die Völker der Dritten Welt und gegen die jeweils konkurrierenden Ausbeuter zu verteidigen und durchzusetzen hatten."<sup>2)</sup>

Der Bezug zu den Gelöbnisfeiern wird dann mit der Behauptung hergestellt, der Bundesregierung gehe es mit der Absicht, mobil zu machen, darum, eine "Schicksalsgemeinschaft

1) Offener Brief des KBW zur Rekrutenvereidigung in Bremen vom 3. April 1980, wiedergegeben als Anlage 4 des Berichts des Verteidigungsausschusses als 2. Untersuchungsausschuß (über die Bremer Vorfälle) vom 8. Sept. 1980, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/4472, S. 60

2) Ebda., S. 59

des deutschen Volkes um die Bundeswehr zu schmieden" - und daher die öffentlichen Vereidigungen.<sup>1)</sup> Die Gelöbnisfeiern sind demnach auch aus der Sicht des KBW nur der Anlaß, die Bundeswehr grundsätzlich in Frage zu stellen.

Die auf der politischen Links-Rechts-Skala schwer einzuordnenden Grünen und Alternativen sind in der Auseinandersetzung um die Gelöbnisfeiern mit eigenen Aktionen kaum hervorgetreten. Sie haben sich aber vielfach dem Protest gegen die Feiern angeschlossen.<sup>2)</sup> In einer Erklärung des Kreisverbandes der Grünen in Hannover zur dortigen Feier wurde diese als eine "Provokation aller pazifistischen Kräfte" bezeichnet.<sup>3)</sup>

Die pazifistische Motivation des Protestes gegen die Gelöbnisfeiern fügt sich nicht nur nahtlos in die Programmatik der Grünen ein, sie muß auch als die empirisch schwer greifbare, weil sich politisch oder verbandlich organisierter Stellungnahme entziehende Einstellung eines Teils der Jugend ernst genommen werden.

---

1) Ebda., S. 59

2) Siehe Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. Nov. 1980

3) Siehe Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Nov. 1980



#### 4.2 Jugendverbände der Parteien

Die Jungsozialisten in der SPD waren an den meisten Orten, an denen 1980 öffentliche Gelöbnisfeiern stattfanden, an Aktionen und Demonstrationen gegen diese Feiern beteiligt und haben sie häufig initiiert, oft in Zusammenarbeit mit anderen Jugend- und Studentenorganisationen. Daher konnte der Eindruck entstehen, die Jungsozialisten stünden nicht nur in der vordersten Front des Widerstands gegen die Gelöbnisfeiern, sondern stellten auch die Bundeswehr in Frage.

Betrachtet man aber die in den Aufrufen und Stellungnahmen zu den Demonstrationen gelieferten Begründungen zur Opposition gegen die Feiern genauer, so zeigt sich, daß die Jungsozialisten damit grundsätzlich nicht wesentlich über die oben erörterten Thesen und das Positionspapier der SPD (siehe Abschnitt 4.1.1) hinausgehen. Sie interpretieren sie aber in einigen Punkten schärfer.

So macht der Aufruf der Jungsozialisten vom 21. Okt. 1980 zu der Gegendemonstration in Bonn am 8. Nov. 1980 klar, daß die Jungsozialisten nicht nur die Bundeswehr als solche akzeptieren, sondern gerade auch die Verpflichtung der Soldaten auf das Grundgesetz befürworten.

Wo ihre Kritik an der praktizierten Traditionspflege ansetzt, wird mit der folgenden Aussage deutlich.

"Wir treten dafür ein, daß die politische Bildung in der Bundeswehr und die Traditionspflege auf die Grundwerte der Demokratie baut."<sup>1)</sup>

---

1) Aufruf vom 21. Okt. 1980, wiedergegeben in: Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 21. Okt. 1980, S. 6

Die Jungsozialisten sehen nun gerade die Bindung der Traditionspflege an demokratische Werte durch die Form der Gelöbnisfeiern mit "Trommelwirbel, Zapfenstreich und Fackelzug" verletzt, weil damit "vordemokratische Rituale" eingeführt würden. Daraus ergebe sich die Gefahr, daß die Bundeswehr

"... in eine Tradition mit Armeen in Deutschland gestellt... (wird), die entweder der Monarchie verpflichtet waren oder sich wie die Reichswehr außerhalb der Demokratie stellten oder gar wie die Wehrmacht auf ein verbrecherisches Regime verpflichtet wurden."<sup>1)</sup>

In diesem Zusammenhang übten die Jungsozialisten auch massive Kritik an der Benennungspraxis in der Bundeswehr und verwiesen darauf, daß es sich bei Namen wie Lütjens, von Hindenburg, von Lettow-Vorbeck oder von Tirpitz um Personen handle, deren politische Prinzipien im Gegensatz zu den Grundwerten der Demokratie und des Friedens gestanden hätten. Demgegenüber sei eine Besinnung der Bundeswehr auf demokratische Traditionen - von der Paulskirche bis zum Widerstand - zu fordern.

Die Kritik der Jungsozialisten richtet sich also - einmal abgesehen vom Vorwurf einer in der Benennungspraxis sichtbar werdenden mangelnden Aufarbeitung der jüngsten deutschen

1) Siehe Schreiben des Vorsitzenden des Jungsozialisten, Willi Piecyk, lt. Bericht der Frankfurter Rundschau, 10. Nov. 1980; vgl. auch seine Rede auf der Bonner Demonstration, wiedergegeben in: Die Zeit, 14. Nov. 1980

Vergangenheit - dagegen, daß die außenfunktionale Bedeutung der Gelöbnisse im Sinne der Sichtbarmachung der Verpflichtung auf die Verfassung durch ein militaristisches Zeremoniell überdeckt und damit entwertet werde.

Wie die Jungsozialisten sind die Jungdemokraten in der FDP an vielen Aktionen und Demonstrationen gegen die Gelöbnisfeiern beteiligt gewesen - in der Regel in Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten.

Sie konnten sich dabei auf einen Beschluß ihrer Bundesdelegiertenkonferenz berufen, der bereits 1976 kritisiert hatte, daß "manches Zeremoniell der Bundeswehr (wie Vereidigung, großer Zapfenstreich) in Musik und Choreographie an 'Preußens Gloria'" erinnere. Daher sei eine fundamentale Kritik historischer und aktueller Militarismusideologien auch innerhalb der Bundeswehr notwendig.<sup>1)</sup>

Dabei habe die Bundeswehr, wie der Beschluß hervorhebt, ein unbestrittenes Recht auf Tradition. Nur müsse diese an einem demokratisch-liberalen Selbstverständnis orientiert sein und das sei unvereinbar mit unreflektierten und ideologisch vorbelasteten Leitbildern aus der deutschen Militäradition.<sup>2)</sup> Das Ziel der Kritik ist also auch hier nicht

1) Für eine demokratische Traditionspflege, in: Deutsche Jungdemokraten, Hrsg., Zur Traditionspflege in der Bundeswehr, Beschlüsse von DJD und FDP. Materialien, Düsseldorf, April 1979, S. 5

2) Ebda., S. 5

militärische Traditionspflege als solche, sondern deren mangelnde Einbettung in die demokratische Werteordnung.

Ähnlich wie ihre Mutterparteien CDU und CSU hat die Junge Union die Traditionspflege der Bundeswehr auch in jenen Formen befürwortet und unterstützt, die in der Öffentlichkeit heftig umstritten sind und - wie eben geschildert - von Jungsozialisten und Jungdemokraten bekämpft werden. Das gilt besonders im Zusammenhang mit den Gelöbnisfeiern, die in zahlreichen Aktionen von der Jungen Union in den praktizierten Formen verteidigt wurden.<sup>1)</sup>

Redner auf den von der Jungen Union organisierten Unterstützungsdemonstrationen - wie in Bonn der CDU-Abgeordnete Herbert Hupka - haben Presseberichten zufolge warnend darauf hingewiesen, daß das Verhältnis zwischen Staatsbürgern und Soldaten von jenen zerstört werde, die gegen das Auftreten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit Obstruktion betrieben und daß die jetzt gegen die Streitkräfte und deren Tradition gerichteten Attacken gegen die Bundesrepublik selbst gerichtet seien.<sup>2)</sup>

Diese indirekte Gleichsetzung von Bundeswehr und Staat sowie die Konstruktion eines besonderen Verhältnisses zwischen Bevölkerung und Bundeswehr macht die hervorgehobene Stellung deutlich, die den Streitkräften in den Vorstellungen auch

1) Vgl. z.B. Bericht der Saarbrücker Zeitung vom 27. Okt. 1980 oder Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 11. Nov. 1980

2) Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 11. Nov. 1980

der Jungen Union zugesprochen wird. Diese rechtfertigt dann auch die besonders feierliche Form der Gelöbnisse. Die Vorstellungen von Junger Union und CDU/CSU dürften insofern deckungsgleich sein.

Unter den Jugendorganisationen der Parteien links der SPD wollen wir als ein Beispiel kurz die Auffassung der DKP-nahen Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) ansprechen. Die SDAJ hat sich ebenfalls an den Demonstrationen gegen die Gelöbnisfeiern beteiligt, darüber hinaus aber eine Art Entwurf für eine "fortschrittliche" Traditionspflege vorgelegt.

Darin wird besonderer Wert auf eine Ausrichtung militärischer Traditionspflege auf antifaschistische Aktivitäten und Personen und besonders auf den "antifaschistischen Widerstandskampf innerhalb und außerhalb der Militärverbände Hitlerdeutschlands" gelegt. Traditionselemente, die reaktionäre, revanchistische oder faschistische Inhalte implizieren, werden scharf verurteilt und soldatische Tugenden (Tapferkeit, Kameradschaft) müssen einen konkreten Bezug zu fortschrittlichen humanistischen Inhalten haben.<sup>1)</sup>

Diese wenigen Andeutungen zeigen bereits, in welchem Umfang militärische Tradition damit auch in ihrer Binnenfunktion auf antifaschistische und antirevanchistische Orientierungen festgelegt wird, die einen offenkundigen Bezug zum ortho-

1) "Für eine fortschrittliche Tradition in der Bundeswehr", wiedergegeben in: Radikal-Info, Nr. 2, 1977, S. 4-5; vgl. auch Bericht und Kommentar der Süddeutschen Zeitung vom 29. März 1977, wo als Urheber dieses "Anti-Traditionserlasses" eine DKP-nahe Soldatengruppe um das Jugendmagazin Elan genannt wird.

doxen Marxismus-Leninismus der DDR haben, wie er in der Bundesrepublik von der DKP vertreten wird.

#### 4.3 Interessenverbände und -vereinigungen

Unter den Interessengruppen und -verbänden hat sich nur ein verschwindend geringer Teil überhaupt zu Fragen der militärischen Tradition geäußert - meist in Zusammenhang der aktuellen Auseinandersetzungen um die Gelöbnisfeiern. Das ist verständlich, weil die politischen Interessen der meisten dieser Verbände praktisch keine Berührungspunkte zu Problemen der Bundeswehr aufweisen.

Äußerungen und Stellungnahmen haben sich daher nur von solchen Verbänden finden lassen, die entweder ein unmittelbares Interesse an der Bundeswehr haben, weil die Streitkräfte ganz oder teilweise ihre Rekrutierungsbasis bilden (wie etwa beim Bundeswehrverband oder beim Verband der Reservisten, aber auch bei der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) oder die von ihnen zu Betreuenden aus ihren Reihen kommen (wie beim Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer) oder deren Interesse sich aus einem sehr allgemein verstandenen politischen Mandat herleitet (das gilt für eine Reihe von Jugendverbänden und Hochschulgruppen).<sup>1)</sup>

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat die oben erörterten Thesen des SPD-Bezirks Mittelrhein zur Tradition in der Bundeswehr 1977 ausdrücklich begrüßt und dabei bedauert, daß das Verhältnis zum demokrati-

1) Die Auffassung der Kirchen und der Organisationen im Umkreis der Kirchen behandeln wir im folgenden Abschnitt

schen Staat in der Bundeswehr "bei manchen überlagert wird von der Identifikation mit Traditionen, die in die nationalsozialistische und die wilhelminische Ära reichen". Das sei Anzeichen einer Fehlentwicklung, die offenbar weder durch den Traditionserlaß noch durch Reformen wie Baudissin, Kielmannsegg und de Maizièrè verhindert werden konnte.<sup>1)</sup>

In diesem Zusammenhang hat sich die Gewerkschaft ÖTV auch sehr kritisch zu der Art und Weise geäußert, in der die öffentlichen Gelöbnisse durchgeführt wurden, und diese als Inszenierungen bezeichnet, bei denen es den Verantwortlichen nur um eine militärische Demonstration gegangen sei.<sup>2)</sup>

Die Gewerkschaft ÖTV befürwortet demgegenüber eine Intensivierung der politischen Bildung in den Streitkräften, um politisch-gesellschaftliches Problemverständnis und demokratisches Bewußtsein und Verhalten viel stärker in der Truppe zu verankern. Außerdem gehört die Gewerkschaft zu den wenigen Organisationen, die wiederholt eine bundeswehreigene Tradition gefordert haben, um falsch zu verstehende Anknüpfungen an die Vergangenheit von vornherein zu vermeiden. Sie ist mit letzterer Forderung allerdings auf wenig Resonanz gestoßen, weil dem meist entgegengehalten wird, daß man sich nicht so ohne weiteres von der eigenen Geschichte abkoppeln kann und soll.

---

1) "Erlasse sind nur Papier", in: ÖTV-Wehrreport, Nr. 11, 1977, S. 14; vgl. auch "Tradition und Mitwirkung" in: ÖTV-Wehrreport, Nr. 10, 1980

2) Erklärung des ÖTV-Bezirks Bayern, in: Presseinformationen ÖTV, Nr. 16, München, 28. Okt. 1980

Die Gewerkschaften (neben ÖTV im übrigen auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)<sup>1)</sup> wollen dabei die Bundeswehr genauso wenig in Frage stellen wie andere Kritiker der praktizierten Formen von Traditionspflege. Es geht ihnen darum, daß die Traditionspflege der Bundeswehr in ihren binnenfunktionalen Bezügen konsequent auf einem "demokratischen Bewußtsein ohne Ausfransungen in autoritäre und überwiegend vergangenheitsbezogene Denkweisen" begründet ist und sich auch in ihrer Außenfunktion der freiheitlich-demokratischen Ordnung unterwirft. Ohne eine solche Bindung wäre der Soldat nur ein hochqualifizierter Handwerker oder "ein Landsknecht mit moderner Technologie."<sup>2)</sup>

Eine ganz andere Einschätzung erfährt die damit angesprochene beruflich-professionelle Komponente militärischer Tradition in der Auffassung des Bundeswehr-Verbandes. In seinen programmatischen Äußerungen zur Tradition in der Bundeswehr hebt der Bundeswehr-Verband besonders die "zeitlosen soldatischen Tugenden" hervor und betont, daß "eine angemessene Bewertung und Anerkennung der besonderen Diensteigentümlichkeiten des Soldatenberufes" notwendig sei.<sup>3)</sup>

Zwar wird einschränkend hinzugefügt, daß damit nicht eine Sonderstellung des Soldaten aufgebaut werden solle. Wenn aber an anderer Stelle davon die Rede ist, daß soldatische

- 1) Vgl. Bericht der Abend-Zeitung, München, 28. Okt. 1980
- 2) "Erlasse sind nur Papier", a.a.O.; vgl. auch die Rede des Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie vor dem 15. IGBE-Jugendtag, wiedergegeben in: Einheit-Zeitung für Mitglieder der IG-Bergbau und Energie, Nr. 12, 15. Juni 1980
- 3) Deutscher Bundeswehrverband, Hrsg., Dem Gemeinwohl verpflichtet, 10. Hauptversammlung, 10.-14. Oktober 1977, Beschlüsse, Bonn 1977, S. 13 und 28



Tugenden zu Bürgertugenden werden müßten,<sup>1)</sup> so wird deutlich, daß die beruflich-professionelle Komponente in dieser Auffassung nicht nur einen zentralen Angelpunkt der Traditionspflege bilden soll, sondern eben doch eine besondere Rolle der Bundeswehr begründet, d.h. auf spezifische Weise außenfunktionale Bedeutung erlangt.

Eine so verstandene Traditionspflege muß dieser Vorstellung gemäß auch von der Anerkennung durch die Bevölkerung getragen sein; und nicht nur das:

"Zur Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gehört auch eine entsprechende innere und geistige Haltung der Öffentlichkeit... Ein Selbstbehauptungswille muß wieder Allgemeingut der inneren Einstellung... zum Soldatentum werden."<sup>2)</sup>

Damit wird das Unterstellungsverhältnis der Bundeswehr unter eine demokratische Ordnung faktisch umgekehrt zu einer Unterstellung der Gesellschaft unter die Bundeswehr, jedenfalls in dem Sinne, daß die Gesellschaft jene Einstellung zeigen soll, die den Streitkräften hilft, ihre Aufgabe zu erfüllen.

In der Frage des historischen Bezugs von Traditionspflege in der Bundeswehr sieht der Bundeswehr-Verband offenbar insofern kein Problem, als für ihn die deutsche Militärtärgeschichte reich an Traditionen ist, die über Jahrhunderte hinweg ihre Gültigkeit behalten haben. Das für viele besonders problematische Verhältnis zur jüngsten deutschen

---

1) Ebda., S. 28 und 13

2) Ebda., S. 28

Vergangenheit wird lediglich als "erschwerend" für die Traditionspflege in der Bundeswehr bezeichnet.<sup>1)</sup>

In der aktuellen Diskussion hat der Vorsitzende des Bundeswehr-Verbandes, Heinz Volland, nicht nur die öffentlichen Gelöbnisse in der praktizierten Form begrüßt, sondern auch ihre weitere Durchführung gefordert und dazu aufgerufen, die Streitkräfte "nicht zu verstecken."<sup>2)</sup>

In ähnlicher Weise hat sich der Verband der Reservisten zu den öffentlichen Gelöbnissen geäußert und dabei betont, daß die öffentliche Verpflichtung der Soldaten der sichtbare Ausdruck "der Verbundenheit zwischen der Bevölkerung und den Streitkräften sein" soll.<sup>3)</sup> Diese Verbundenheit ist ihrerseits als Ausdruck eines besonderen Verhältnisses zwischen Öffentlichkeit und Bundeswehr aufzufassen, das ebenfalls wieder auf eine hervorgehobene Bedeutung der Bundeswehr verweist.

Auch der Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK) hat sich zu den Gelöbnissen positiv geäußert. In einer Rede zum 25-jährigen Bestehen der Bundeswehr hatte Verbandspräsident Karl Weishäupl Fragen der Traditionspflege angesprochen und dabei besonders die soldatischen Tugenden von Treue, Tapferkeit, Pflichterfüllung und militärischer Tüchtigkeit in den Mittelpunkt gerückt. Traditionspflege in der Bundeswehr bestimmt sich nach dieser Auffassung vorrangig aus

1) Ebda., S. 13

2) Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 14. Nov. 1980

3) Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 6. Nov. 1980

der beruflich-professionellen Komponente. Das wird noch besonders deutlich, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Tradition zu pflegen sei, "die dem Soldaten eigentümlich ist."<sup>1)</sup>

Jugendverbände haben, jedenfalls soweit sie im Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossen sind, in erstaunlich geringem Umfang an den Protesten gegen die öffentlichen Gelöbnisfeiern teilgenommen. Presseberichte verzeichnen nur an einigen Orten eine Beteiligung der Sozialistischen Jugend Deutschlands Die Falken sowie der Gewerkschaftsjugend (bei letzterer nur einzelner Mitglieder).<sup>2)</sup> Motivation und Begründung des Protestes gleichen - mit gewissen verbalen Verschärfungen - denen der Jungsozialisten respektive der Gewerkschaften, wie sie oben dargelegt wurden. Die geringe Beteiligung erklärt sich aus der Tatsache, daß die meisten der im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Verbände (z.B. Pfadfinderverbände, Wanderjugend etc.) sich auf eine unpolitische Jugendarbeit verpflichtet fühlen.

Häufiger und intensiver war die Protestteilnahme politisch orientierter Hochschulgruppen und darunter besonders der diversen, sich als marxistisch verstehenden Gruppen, wie z.B. Juso-Hochschulgruppen oder der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus, oft aber auch der Allgemeinen Studentenausschüsse. Für letztere hatte die Protestbeteiligung noch eine andere Funktion: Sie konnte zwischen den zerstrittenen linken Gruppen als eine Art politischer Klammer dienen.

1) "Frieden in Freiheit sichern", in: VdK-Mitteilungen, Nr. 8, 1980, S. 2-5, hier: S. 5

2) Frankfurter Rundschau, 28. Okt. 1980, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Nov. 1980, Stuttgarter Zeitung, 22. Nov. 1980; letztere berichtet auch über eine Teilnahme des Stadtjugendrings Stuttgart an einem alternativen Friedensmarsch.

Die Begründung des Protestes gegen die öffentlichen Gelöbnisse bei den marxistischen Gruppen geht deutlich über eine Kritik an der praktizierten Form hinaus. Als typisch dafür kann die in einem Flugblatt der Marxistischen Gruppe (MG), München, entwickelte Argumentation gelten, in der gleich zu Beginn festgestellt wird:

"Wer die Bundeswehr für die Instanz hält, die zur Verteidigung seiner Freiheit, Zahnbürste und Ehre notwendig ist, sollte auch an den feierlichen Gelöbnissen keine Geschmacksfrage abwickeln".<sup>1)</sup>

Im folgenden wird dann die Auffassung dargelegt, daß das, was mit der Bundeswehr verteidigt werden soll, letztlich doch nur die marktwirtschaftliche Freiheit der wenigen Unternehmer ist und daß das, was als Auftrag der Bundeswehr firmiert, nämlich eine Kriegsverhinderungsarmee zu sein, eher ideologische Verbrämung als Wirklichkeit ist, denn: mit dem aufgebauten militärischen Potential kann und soll angegriffen werden.

"'Friedenssicherung durch Abschreckung' ist nichts anderes als das Bemühen der eigenen Seite, als einzige die Möglichkeit zum erfolgreichen Losschlagen zu besitzen."<sup>2)</sup>

Im Grunde werde hier also eine uralte Kriegsdoktrin als Friedensgarantie verkauft. Diese Argumentation stellt nicht nur insbesondere den Auftrag der Bundeswehr ganz grundsätzlich in Frage, sie soll auch plausibel machen, daß Bedenken gegen die Zurschaustellung der Armee nur "bürgerlich" und vordergründig sind.

---

1) Marxistische Gruppe (MG), Argumente zur Wehrmacht, München o.J.

2) Ebda.

#### 4. Äußerungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

##### 4.1. Grundsätzliche Stellungnahmen.

4.1.1. Für die Evangelische Kirche in Deutschland scheint "Tradition der Bundeswehr" kein Gebiet besonderer kirchlicher Mitverantwortung in der Gesellschaft zu sein; jedenfalls fehlen hierzu, abgesehen vom Teilbereich "Eid und Gelöbnis", grundsätzliche Äußerungen der leitenden Gremien der EKD.<sup>1)</sup>

Auch die Evangelische Militärseelsorge schweigt weitgehend zum Problem "Tradition in der Bundeswehr". Zum Traditionserlaß 1965 in der Bundeswehr fehlt eine eigene Stellungnahme, es sei denn, daß man die im gleichen Jahr erschienene Studie von Hans Herzfeld: "Die Bundeswehr und das Problem der Tradition"<sup>2)</sup> als einen indirekten Beitrag hierzu verstehen möchte. Sehr deutlich, gleichsam prinzipiell, hält sie sich mit eigenen Äußerungen zurück, wenn in der Bundeswehr kontroverse Diskussionen zu einem sie aktuell bewegenden Konfliktfeld ab-

---

1) Vgl. Brief der Kirchenkanzlei der EKD vom 26.11.1980, Az: 7812/1.60, an den Verf.: "Betr.: Stellungnahmen der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Traditionspflege in der Bundeswehr ... müssen wir wohl mitteilen, daß der Gegenstand Ihrer Untersuchung so gut wie gar nicht in der Weise zum Problem kirchlicher Überlegungen geworden ist, daß wir mit irgendgrundsätzlichen Äußerungen aus der Evangelischen Kirche in Deutschland zu diesem Fragenkreis aufwarten könnten".

2) Hans Herzfeld "Die Bundeswehr und das Problem der Tradition", in: Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Bd. 1, Witten/Berlin 1965, S. 32 bis 95.

laufen; dieses gilt auch hinsichtlich von Diskussionen über das Traditionsverständnis und die Traditionspflege in der Bundeswehr. Für die Evangelische Militärseelsorge rechnen Traditionsfindung und Traditionspflege zum Bereich "Innere Führung", von dem sie sich mit ihrem Selbst- und Aufgabenverständnis grundsätzlich abgrenzen möchte. Ausnahme bildet auch hier der Teilbereich "Eid und Gelöbnis", zu dem die Evangelische Militärseelsorge detaillierte Stellungnahmen vorgelegt hat. Im Lebenskundlichen Unterricht wurde das Problemfeld "Tradition" nur vereinzelt angegangen, und wenn, dann nur in einer sehr allgemeinen und nicht spezifisch auf die militärische Tradition ausgerichteten Sicht:

Seit 1957 haben im Lebenskundlichen Unterricht folgende Monatsthemen Fragen der Tradition angesprochen:

- Dezember 1962/Januar 1963: Deutschland über alles?
- März 1966: Tradition und Neuerung in unserer Kirche,
- November 1968: Das Vaterland zwischen Vergötzung und Verachtung,
- Februar 1972: Tradition und Fortschritt,
- Mai 1975: Vorbilder wieder gefragt?

Ausnahme bildet wiederum die "Besinnung über Eid und Gelöbnis"; hierüber wird während der Grundausbildung der Wehrpflichtigen regelmäßig eine Unterrichtseinheit gehalten.

Zahlreich sind jedoch Einzeläußerungen aus dem Raum der evangelischen Kirche zur Traditionspflege der Bundeswehr. Solche Äußerungen entzündeten sich durchweg an aktuellen Anlässen, sind

meistens gegen die Bundeswehr und deren Selbstverständnis gerichtet und verstehen sich als Ausdruck einer durch diese ausgelösten unmittelbaren Betroffenheit einzelner oder einzelner kirchlicher Gruppierungen. Die inhaltliche wie räumliche Resonanz solcher Äußerungen reichen im allgemeinen nie weiter als die inhaltliche und räumliche Ausstrahlungskraft der Anlässe selber, an denen sie entstanden sind. Ihre zahlenmäßige Häufigkeit und inhaltliche Intensität könnten aber angesichts der erwähnten deutlichen Zurückhaltung kirchenleitender Organe die Vermutung nahelegen, daß die kirchenamtlichen Verlautbarungen nicht das Denken der kirchlichen Basis wiedergeben würden und die Evangelische Kirche als Ganze hinsichtlich ihrer Stellung zur Bundeswehr als uneinheitlich, wenn nicht gar unständig angesehen werden müßten. Doch solche Vermutung würde täuschen. Denn tatsächlich gelten die erwähnten Einzeläußerungen etwas nur innerhalb der gezogenen Grenzen einer jeweiligen Region und einer jeweilig sich äußernden kirchlichen Gruppierung - auch wenn eine gelegentlich starke Resonanz in den Massenmedien anderes vermuten lassen könnte -, und tatsächlich geben die offiziellen Äußerungen der kirchenleitenden Organe der EKD nach wie vor das Denken der Mehrheit der kirchlichen Basis auch hinsichtlich deren Einstellung zur Bundeswehr und ihres Auftrages wieder.

4.1.2. Das Fehlen gesamtkirchlicher Äußerungen zu Tradition und Traditionspflege der Bundeswehr entspricht der grundsätzlichen Haltung der Evangelischen Kirche, sich nicht Kompetenz und Verantwortlichkeit für gesellschaftliche Sachbereiche anzumaßen,

die nicht der unmittelbaren kirchlichen Verantwortlichkeit unterliegen. Die Evangelische Kirche ist der Überzeugung, daß sich aus dem Evangelium keine unmittelbaren Anweisungen für das politische Handeln ableiten lassen; "sie kann allenfalls bezeugen, daß ein bestimmtes politisches Handeln mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus unvereinbar ist".<sup>1)</sup> Dort also, wo es ihr von ihrer Botschaft her notwendig erscheint, spricht sie mahnend oder warnend die an, die im jeweiligen gesellschaftlichen Bereich Verantwortung tragen, und weist sie auf mögliche Fehlentwicklungen oder auf konkrete Mißstände im Interesse der betroffenen Menschen oder der Gesellschaft hin. Zu dieser grundsätzlichen Haltung gehört auch die die Kirche leitende Maxime, sich nicht dazu mißbrauchen zu lassen, irgendeine staatliche Institution religiös zu verklären oder zu sanktionieren.

Das Schweigen der Leitungsorgane der EKD zur Tradition und Traditionspflege in der Bundeswehr sowie die Zurückhaltung der Militärseelsorge sind Teil dieser grundsätzlichen Haltung; sie bezeugen, daß für die Evangelische Kirche Form und Inhalt soldatischer Tradition zuerst in die Zuständigkeit und Verantwortung der Bundeswehr und ihrer politischen Führung gehören.

4.1.3. Zugleich muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Evangelische Kirche die Bundeswehr aktiv in deren Bemühen unterstützt hat, sich eigene, ihr allein gehörende Traditionen

---

1) Martin Honecker: Welche Legitimation haben Kirchen zu politischen Äußerungen?, in: Sozialethik zwischen Tradition und Vernunft, Tübingen 1977, S. 53



zu schaffen. Die Begehung eines Volkstrauertages - und nicht mehr eines Heldengedenktages - im Gedenken an alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, weiter die Anerkennung einer Bewährung des Soldaten auch ohne kriegerischen Einsatz nur im Friedensdienst sind Beispiele, daß und wie die Evangelische Kirche unmittelbar über die Verkündigung ihrer Pfarrer der Bundeswehr geholfen hat, neue Traditionsinhalte zu finden.

Andererseits hat sich die evangelische Kirche und ihre Militärseelsorge auf anderen militäretischen Problemfeldern, auf denen eine theologische Mitarbeit der Kirche wünschenswert gewesen wäre, vielleicht zu stark zurückgehalten. Zu denken wäre dabei an die ethische Aufarbeitung des Problems "Krieg" und einer "Erziehung zum Kämpfen", beides wesentliche Reflektionsgebiete innerhalb der Traditionsdebatte in der Bundeswehr. Erst in jüngster Zeit beginnt die Evangelische Kirche, sich hier stärker an die in der Bundeswehr und der Gesellschaft laufende Diskussion heranzuarbeiten.

#### 4.2. Stellungnahmen zum Auftrag der Bundeswehr.

4.2.1. Von den Leitungsorganen der EKD sowie der Mehrheit der evangelischen Christen in Deutschland werden sowohl die Existenz und der Auftrag der Bundeswehr als auch der Dienst der Soldaten in ihr als ein "Dienst am Frieden" bejaht. Diese Bejahung steht eindeutig unter der ethischen Zielsetzung, auch über das Mittel der militärischen Abschreckung Frieden - verstanden zunächst als Abwesenheit von Krieg, dann aber als Herstellung einer auf Verständigung aufbauenden Friedensordnung - zu erhalten und dauerhaft

zu sichern. Die die Evangelische Kirche bewegende Grundfrage ist also, ob die Herstellung der christlich gebotenen Gewaltlosigkeit auch über das Mittel, selber Gewalt anzudrohen, erreicht werden darf. Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage hat sich die EKD seit dem 2. Weltkrieg sehr schwer getan. Geholfen hat sie sich mit einer innerkirchlichen Kompromißformel, den "Heidelberger Thesen" um 1959, wonach angesichts der Kompliziertheit der gegebenen politischen Situation sowohl der Verzicht auf Waffengebrauch als auch die Beteiligung am militärischen Abschreckungshandeln als Versuche, Frieden zu bewahren, christlich und ethisch anzuerkennen seien.<sup>1)</sup>

Beide Verhaltensweisen würden sich zwar faktisch gegenseitig ausschließen, aber in ihrer Bezogenheit auf das gemeinsame Ziel "Frieden" würden sie sich gegenseitig stützen und müßten insofern als komplementär zueinander bezeichnet werden.<sup>2)</sup>

Auch wenn die "Heidelberger Thesen", deren Erarbeitung durch den damaligen evangelischen Militärbischof D. Hermann Kunst angeregt wurden, nicht als offizielles kirchliches Dokument von den Leitungsorganen der EKD übernommen worden sind, bilden sie doch

---

1) "Heidelberger Thesen" von 1959, in: Günter Howe (Hrsg.): Atomzeitalter, Krieg und Frieden, Witten/Berlin 1959, S. 226 ff. - Die "Heidelberger Thesen" finden sich nachgedruckt in Hans-Wolfgang Heßler (Hrsg.): Pflicht zum Frieden Evangelische Militärseelsorge, epd-Dokumentation Bd. 10, Witten/Berlin 1973, S. 58-68.

2) Günter Howe, a.a.O., S. 189 ff.

die Grundlage für die Friedensethik der EKD und deren konkretes Handeln.<sup>1)</sup>

Mit solchem komplementären Verständnis, wie Frieden geschaffen und erhalten werden kann, steht die Kirche in Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis der Bundeswehr, soweit dieses den Soldaten als "Soldat für den Frieden" bzw. als "Staatsbürger in Uniform" versteht. Übereinstimmung besteht darüber hinaus mit der Zielbestimmung der Sicherheitspolitik der Bundesregierung, wonach Sicherheit nicht ausschließlich durch militärische Abschreckung, sondern durch das Miteinander und die Gleichzeitigkeit von Abschreckung, Entspannung und Rüstungskontrollpolitik hergestellt werden soll. Die Evangelische Kirche vertraut darauf, daß diese politische Willenserklärung ernst gemeint und die Zielangabe konkreter politischer Bemühungen ist und bleibt.

Die gekennzeichnete komplementäre Friedensethik wirkt sich konkret auf mehreren kirchlichen Handlungsfeldern gleichzeitig aus:

---

1) Vgl. zuletzt aus dem Bericht des Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof Dr. Eduard Lohse, vor der Synode der EKD Anfang November 1980 in Osnabrück: "Über unserer Welt steht die Gefahr einer Menschheitskatastrophe. Ihr entgehen wir weder durch einen einseitigen Waffenverzicht noch durch eine Konzentration unserer Kräfte auf die Vermehrung militärischer Gewalt. Der christliche Glaube kann hinter die in Amsterdam 1948 getroffene Feststellung nicht zurückgehen: "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein". Aber die Verhinderung des Krieges erfolgt nicht nur und auch nicht in erster Linie durch diejenigen, die aus einer Gewissensentscheidung den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern. Wie diesen die Achtung und Zuwendung der Kirche gilt, so auch den anderen, die zum Frieden beitragen, indem sie Wehrdienst leisten". - Zitiert nach: Lutherische Monatshefte, 12/1980, S. 730.

- die EKD anerkennt eine Entscheidung des Christen für den Waffendienst als christlich legitim;
- die EKD tritt gegenüber dem Staat, in Übereinstimmung mit der Verfassung, dafür ein, das Recht des einzelnen auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen nicht zugunsten eines etwa staatlichen gewünschten Vorranges für den Waffendienst einzuschränken;
- die EKD möchte den Dienst von Zivildienstleistenden so ausgestaltet sehen, daß er nicht mehr als "Ersatzdienst" oder als "lästige Alternative", sondern als "Friedensdienst" ausgestaltet und qualifiziert sein könnte;
- die EKD kann sich nicht mit dem gegebenen Status eines militärischen Drohfriedens abfinden, sondern möchte durch eigenes Bemühen daran mitarbeiten, den "status quo" im Sinne einer besseren Verständigung und friedlichen Zusammenarbeit der Völker abzulösen;
- die EKD verlangt von sich und von jedem Christen einen besonderen christlichen Beitrag zur Herstellung von Frieden, der über die rein staatsbürgerlichen Pflichten hinausgehen kann, in jedem Fall aber in seiner Christlichkeit eindeutig erkennbar bleiben soll.

4.2.2. Auf jedem der genannten Aktionsfelder kündigt sich Bewegung innerhalb der EKD an. Dabei geht die Unruhe in der Evangelischen Kirche vorrangig von den jüngeren Menschen aus, die ihre Kirche befragen, ob ihre Friedensethik für die inzwischen

gegebene oder sich abzeichnende politische Situation noch ausreichend sei.<sup>1)</sup> Ähnliche Fragen werden an die Konzeption der staatlichen Sicherheitspolitik gerichtet.

Es wäre kurzschlüssig, die Fragen und die aufbrechende Unruhe der jüngeren Generation lediglich als "pazifistisch" zu etikettieren und damit abzutun. In Wirklichkeit ist die Mehrzahl der jungen Menschen ja bereit, die Wertordnung der Bundesrepublik Deutschland anzuerkennen und sich für sie einzusetzen. Sie fragen die in politischer Verantwortung Stehenden aber ganz allgemein nach der Realisierung dieser Wertordnung in der konkreten Politik, und - bezogen auf den Bereich der Sicherheitspolitik - nach der Möglichkeit einer "alternativen Sicherheitspolitik", die die Risiken eines Krieges und eines erneuten Rüstungswettlaufes möglichst ausschließen; und sie fragen die Kirche nach ihrem besonderen Beitrag dazu. Die schätzungsweise annähernd 300 "Friedenswochen", die im November 1980 in der Bundesrepublik stattgefunden haben, sind weitgehend von der evangelischen und katholischen Jugend organisiert worden.<sup>2)</sup>

---

1) "Die Formel "Friedensdienst mit und ohne Waffen" muß neu überdacht werden, weil es nicht gelungen ist, den Zivildienst zu einem echten Friedensdienst auszubauen und andererseits die Rüstung zunehmend ins Irrrationale steigt. Wir erwarten, daß unsere Initiativen für Frieden und soziale Gerechtigkeit mehr als bisher von der Erwachsenengemeinde mitgetragen wird. Über das alles möchten wir jetzt mit Ihnen reden!" - Aus: "Wort der Jugend" an die Synode der EKD in Osnabrück vom 2.- 7. November 1980 in Osnabrück, Abschnitt 5: Friedensarbeit.

2) Karlheinz Koppe, Wenn die Welt ohn' Waffen wär, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 4/81, v. 25.1.81, S. 16

Der Staat wie die Kirchen werden nicht umhin kommen, der Jugend auf ihre Fragen Antwort zu stehen, inwieweit die bisherige Sicherheitspolitik und Friedensethik auch für die gegenwärtige politische Situation noch angemessen und plausibel sind. Im anderen Fall könnte es geschehen, daß sich die jungen Menschen statt der bekundeten Bereitschaft, den Staat wie die Kirchen mit zu tragen und zu unterstützen, ins politische und kirchliche "Abseits" wechseln würden.

Die innerhalb der EKD verstärkt aufkommende Diskussion über die kirchliche Friedensethik wird z.Zt. über zwei Thesenreihen geführt, nämlich über den Aufruf zur Selbstverpflichtung "Ohne Rüstung leben"<sup>1)</sup> und über die Thesenreihe "Sicherung des Friedens". Die stark pazifistisch ausgerichtete, sich mit der Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen solidarisch erklärende Selbstverpflichtung: "Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, daß Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird" wurde bisher von ca. 15.000 Einzelpersonen unterschrieben, aber auch korporativ von mehreren evangelisch-kirchlichen Arbeitskreisen, u.a. auch von der "Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden" (EAK). Die öffentliche

- 
- 1) "Ohne Rüstung leben", Arbeitskreis von Pro Ökumene, z.Hd. Werner Dierlamm, Albert-Schweitzer-Str. 50, 7012 Fellbach
  - 2) Eberhard Stammler (Hrsg.): Sicherung des Friedens, Stuttgart 1980

Gegenerklärung einzelner Christen "Sicherung des Friedens" sieht in dem Bekenntnis, als Christ ohne den Schutz militärischer Rüstung leben zu wollen, allenfalls eine für die private Existenz vertretbare Haltung, und erklärt es daneben als eine auch dem Christen aufgetragene Pflicht, den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgabe zu unterstützen, den Schutz seiner Bürger gegen äußere Gewalt auch mit der Androhung und gegebenenfalls Anwendung von Waffen zu gewährleisten.

Seitens der Leitungsorgane der EKD liegt noch keine verbindliche Stellungnahme zu der Diskussion vor. Auf der Synode der EKD Anfang November 1980 in Osnabrück blieben die Meinungen innerhalb der Synode kontrovers. Der leitende Bischof, Landesbischof Dr. E. Lohse, kündigte eine von der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung vorbereitete Analyse der derzeitigen weltpolitischen Situation und der den Weltfrieden gefährdenden Faktoren, aber auch eine Überprüfung der "Heidelberger Thesen" von 1959 auf ihre gegenwärtige Tragfähigkeit an. Zunächst also wird die Diskussion auf allen Ebenen der evangelischen Kirche aufgenommen und weitergeführt werden, ohne daß sich ein Ergebnis dieser Diskussion schon ablesen ließe. Innerhalb der Evangelischen Kirche ist die auch in der Gesellschaft spürbare Unruhe greifbar, daß im politischen Bereich aufgrund der veränderten internationalen Lage der von der NATO beschlossene Nachrüstungsbeschluß nur zu dem einen Teil, nämlich der Aufrüstung, und nicht zu dem anderen Teil, nämlich der Abrüstungsverhandlungen und einem entsprechenden ernsthaften Angebot, verwirklicht werden könnte.

Ein Ergebnis dieser innerkirchlichen Diskussion läßt sich nur schwer voraussagen. Als unwahrscheinlich aber kann gelten, daß die EKD von einer komplementär verstandenen Friedensethik Ab-

stand nehmen könnte. Dieses würde ihrer theologischen Überzeugung und ihrem kirchlichen Selbstverständnis widersprechen. Bewegung aber wird die Kirche stärker als bisher kennzeichnen. Dieses gilt gerade hinsichtlich der Forderung, daß die Kirche von sich wie von jedem einzelnen Christen einen besonderen Beitrag zur Friedensgewinnung erwarten können muß. Die Kirche hat damit begonnen, als sie erstmals am 9. November 1980 alle Gottesdienste innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland als Friedensgottesdienste halten ließ. Innerhalb der Synode der EKD wurde vorgeschlagen, jährlich an jedem Volkstrauertag die Gottesdienste als "Friedensgottesdienste" auszugestalten. Gottesdienst und Gebet sind die stärksten Waffen einer Kirche, denn hiermit sammelt sie sich zu einem gemeinsamen Tun, legt sich inhaltlich fest und wirkt nicht zuletzt auch auf die öffentliche Meinung ein - das alles als ein genuin kirchlicher Beitrag und zunächst noch jenseits einer politischen Konkretion. - Weiter wird die Kirche nach beiden politischen Seiten hin, also nach Osten und Westen, auf Verständigung und gleichgewichtige Abrüstung drängen. Die gemeinsame Erklärung "Wort zum Frieden" der evangelischen Kirchen in der DDR wie in der Bundesrepublik zum 40. Jahrestag des Kriegsbeginns am 1. September 1979<sup>1)</sup> ist ein Anfang in dieser Richtung.

Diese genuin kirchlichen Aktivitäten wollen und werden nichts daran ändern, daß die EKD die Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtsordnung bejaht und unterstützt. Wer der evangeli-

---

1) "Wort zum Frieden", abgedruckt in: Evangelische Kommentare, 9/79, S. 531



schen Kirche "Linkslastigkeit" vorwirft, muß erklären, was er damit meint. Die EKD setzt bei ihrem Reden von Frieden und Friedensdiensten eindeutig beim Evangelium an; von dorthin urteilt sie, wie im politischen und gesellschaftlichen Zusammenleben auch durch ihren Beitrag Versöhnung gestiftet und Frieden hergestellt werden soll.

Auf keinen Fall will und wird die EKD den Politikern deren eigene Entscheidung und Verantwortung abnehmen. Wohl aber wünscht sie sich, daß sich auch im gesellschaftlich-politischen Bereich die Antwort auf die Frage nicht leicht gemacht werden möchte, wie die von der Politik formulierten Ziele - z.B.: Bedeutsamkeit der Entwicklungshilfe als Teil nationaler und internationaler Sicherheitspolitik Weißbuch 1979, Nr. 9 und 112 ff. - auch unter veränderten internationalen und wirtschaftlichen Bedingungen durchgehalten werden können.

#### 4.3. Stellungnahmen zu "Eid und Gelöbniß" in der Bundeswehr.

"Eid und Gelöbniß" in der Bundeswehr sind der einzige Bereich, in dem sich die Evangelische Kirche dezidiert zu einem Feld soldatischer Traditionspflege geäußert hat.<sup>1)</sup> Dabei ging es in den Jahren 1962-1973 in erster Linie um die auch die Evangelische Kirche berührenden Fragen, inwieweit der Eid als religiöse Handlung zu verstehen sei, inwieweit der konkrete Akt der Gelöbnißablegung frei bliebe von religiöser Verbrämung, und schließlich,

---

1) Hans-Wolfgang Heßler, Hrsg.: Militärseelsorge im Dialog, ein Dienst der Kirche in der Bundeswehr, epd. - Dokumentation Bd. 13, Bielefeld/Frankfurt 1975, S. 17-34.

inwieweit die gültige Regelung dem einzelnen Wehrpflichtigen und der Gewissensentscheidung des Soldaten gerecht werde.

4.3.1. Die geltende gesetzliche Regelung geht auf einen Beschluß des Bundestages vom 6. März 1956 zurück. Die Regierung hatte damals einen Eid für alle Soldaten vorgeschlagen. Der Bundesrat aber lehnte eine Vereidigung ab. Die Stellungnahmen der Kirchen wichen voneinander ab. Die evangelische Kirche war eidkritischer als die katholische; sie verwies auf den Mißbrauch, der von der Führung im Dritten Reich mit dem Soldateneid getrieben worden war, und sprach sich deshalb gegen die Wiedereinführung eines Soldateneides aus. Die im Bundestag vertretenen Parteien äußerten sich verschiedenartig.

Aufgrund der verschiedenen Gutachten und der stattgefundenen Diskussionen schlug der Verteidigungsausschuß eine Kompromißlösung vor, dergestalt, auf eine einheitliche Eidesleistung zu verzichten und eine feierliche Verpflichtung im Gesetz zu verankern, und zwar einen Eid nur für die aus freiem Willen dienenden Berufs- und Zeitsoldaten und ein feierliches Gelöbnis für die aufgrund des Wehrpflichtgesetzes dienenden Soldaten. Man hoffte, daß mit dieser Kompromißlösung würde die Bundeswehr leben können.<sup>1)</sup> Ob diese Hoffnung sich erfüllt hat, darf bezweifelt werden. Die häufige vereinheitlichende Verwendung des Begriffes "Vereidigung" auch für das Gelöbnis deutet darauf hin, daß Truppe und Öffentlichkeit es offensichtlich schwer haben, gedanklich mit den

---

1) Einen zusammenfassenden Überblick über die damalige Diskussion vermittelt Graf v. Baudissin: Eid und Gelöbnis, in: Information für die Truppe, 1959, S. 79-88

Schwierigkeiten eines Nebeneinanders von Eid und Gelöbniß fertig zu werden. Aber auch für die Kirchen ist solche Unterscheidung theologisch schwierig, denn im christlichen Sinne besteht streng genommen kein Unterschied zwischen den Worten "Ich gelobe" und "Ich schwöre".

4.3.2. Die evangelische wie die katholische Kirche sehen - unabhängig vom bleibenden spezifisch theologischen und christlichen Verständnis - die Eidesnahme als eine in erster Linie staatliche Angelegenheit an.<sup>1)</sup> Beim Eid stehen sich der Staat als Eidnehmer und der Staatsbürger als Eidgeber gegenüber; inhaltlich bindet der Staat den Eidgeber, aber auch sich selber, auf seine Wertordnung. Dabei kann der weltanschaulich neutrale Staat, wie er in der Bundesrepublik gegeben ist, bei der Eidesnahme den Eidgeber nur als Staatsbürger und nicht als Christen im Blick haben. Daß die Eidesnahme und Eidesleistung eine ausschließlich vom Staat zu regelnde Angelegenheit ist, hat eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. April 1972 ausdrücklich bestätigt.<sup>2)</sup>

Mit dem allen aber ist das Problem der normativen, ethischen Dimension jeder Eidesleistung nicht erledigt. Neben der Sorge um eine sachgerechte Form einer Eidesleistung darf die inhaltliche

---

1) Vgl. Thesen zur Eidesfrage, erarbeitet von einem evangelisch-katholischen Ausschuß, abgedruckt in epd-Dokumentation 28/1972 vom 3.7.1972.

2) "Die Auffassung, daß dem Eid als solchem ein religiöser Bezug innewohne, treffe nur historisch zu, er gelte aber nicht für die Verfassungsordnung des Grundgesetzes, in der die weltliche Form der Eidesleistung neben der religiösen Form ausdrücklich vorgesehen sei". BVGE, 33. Bd., S. 26.

Dimension nicht zu kurz kommen, daß es bei der Eides- und Gelöbnißnahme um eine Wahrheitsfrage geht. Gerade der Kirche muß daran liegen, daß sich der Eid- und Gelöbnißleistende der Frage nach der Wahrheit stellt. Ein Christ wird das immer in der persönlichen Verantwortung vor Gott tun; aus dieser für ihn letzten Bindung leiten sich für ihn sowohl seine Gehorsams- als auch u.U. seine Widerstandspflicht ab - wobei man annehmen möchte, daß ein Rechtsstaat niemals Anlaß zum Bruch einer einmal eingegangenen Treueverpflichtung ihm gegenüber geben könnte. Mit Recht darf der Christ von seiner Kirche erwarten, daß sie ihn zu einer letzten Verantwortung und Wahrhaftigkeit vor Gott ermutigt und ihn darin stützt.

4.3.3. Für die evangelische Militärseelsorge stellten sich in der Praxis ihres Dienstes somit zwei Probleme: Einmal sollte jeder falsche Anflug von einer Verkirchlichung und einer religiösen Überhöhung eines staatlichen Hoheitsaktes vermieden und der staatliche Charakter der Handlung herausgestellt werden, zum anderen sollte der einzelne Soldat, soweit er sich als Christ versteht, in seiner persönlichen Verantwortung vor Gott begleitet und ermutigt werden. Von beidem her wird verständlich, was die evangelische Militärseelsorge sowohl zustimmend als kritisch zwischen 1965 und 1970 zu Eid und Gelöbniß verlaublich hat:

positiv:

- Eine "Besinnung über Eid und Gelöbniß" aus kirchlicher Sicht werden vor der Vereidigung als Lebenskundlicher Unterricht und als Standortgottesdienst als kirchlicher Beitrag angeboten und gehalten;

negativ:

- der Militärgeistliche nimmt in der Regel nicht an einer Verteidigung teil;
- die Belehrung über Eid und Gelöbniß sollte zeitlich zuerst durch den militärischen Vorgesetzten und erst dann durch die Militärpfarrer erfolgen;<sup>1)</sup>
- die Truppe sollte darauf verzichten, zur Erhöhung der Feierlichkeit bei der Zeremonie Choräle abspielen zu lassen;<sup>2)</sup>
- um der inneren Würde und Wahrhaftigkeit der Eides- oder Gelöbnißleistung willen sollte auf die Durchführung öffentlicher Gelöbnißfeiern möglichst verzichtet, in jedem Falle aber jeder Schau- oder Werbeeffect vermieden werden.<sup>3)</sup>

- 
- 1) Ev. Militärbischof, Schreiben vom 5.2.1970 an den Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg, III 4: "Unsere Pfarrer müssen davon ausgehen können, daß die Begründung der staatlichen Regelung nicht dem Militärpfarrer obliegt. Dazu gehört u.a., daß die Belehrung über Sinn und Bedeutung von "Eid und Gelöbniß" durch den Kompaniechef dem Unterricht des Pfarrers vorausgeht". - Seit 1970 ist solche Regelung durch die militärische Führung vorgeschrieben.
  - 2) Ev. Generaldekan, Schreiben vom 22.03.1968 an Unterabteilungsleiter FÜS I.
  - 3) Ev. Generaldekan, Schreiben vom 7.9.1965 an den Verteidigungsminister: "Demgegenüber halte ich es auch für angebracht, wenn Angehörige der Rekruten und Vertreter der Öffentlichkeit der Ablegung des feierlichen Gelöbnisses beiwohnen, um den jungen Soldaten vor Augen zu führen, daß ihr Dienst der Gesamtheit von Staat und Gesellschaft gilt. Jede Art von Schau wäre dem Sinn des Geschehens abträglich und sollte vermieden werden. Großveranstaltungen erscheinen nach allen bisher gemachten Erfahrungen bei dieser Gelegenheit nicht angemessen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Vorschrift (gemeint ist die damals in Ausarbeitung befindliche ZDv 10/8 "Militärische Formen und Feiern", Kap. 1: "Eid und feierliches Gelöbniß") noch deutlicher zum Ausdruck brächte, daß sich der feierliche Charakter von Eid und Gelöbniß von allen Public-relations-Veranstaltungen unterscheiden muß, wenn er nicht verfälscht werden soll".

Die evangelische Militärseelsorge ließ ihre Überlegungen in den Vorschlag einmünden, zwar den Eid für die Zeit- und Berufssoldaten beizubehalten, aber für die Wehrpflichtigen das feierliche Gelöbnis durch eine feierliche "Inpflichtnahme" als Form einer wechselseitigen Treueverpflichtung zu ersetzen.<sup>1)</sup>

Feierliche Inpflichtnahme sollte bedeuten, daß der Kommandeur in feierlicher Form den wehrpflichtigen Soldaten ihre Pflichten bewußt macht und ihnen zugleich die Beachtung von Grund- und Soldatengesetz zusichert.

Aufgrund von Eingaben und Vorstellungen der evangelischen Militärseelsorge kündigte die Bundesregierung im "Weißbuch 1970", Nr. 166 an, das feierliche Gelöbnis der Wehrpflichtigen durch eine "förmliche Belehrung über Rechte und Pflichten zu ersetzen" und nur von Berufs- und Zeitsoldaten einen Eid zu fordern. Im "Weißbuch 1973", Nr. 228, wurde diese Ankündigung dann wieder zurückgezogen, offenbar aus Gründen der Vergleichbarkeit des Soldateneides mit einem Beamteneid.

Mit dieser Entscheidung blieb die diskutierte Problematik von Eid und feierlichem Gelöbnis unbearbeitet liegen, damit auch ungelöst und offen für verschiedenartigste Interpretationen in späteren Jahren. Die evangelische Militärseelsorge hat den damaligen Bescheid der Bundesregierung akzeptiert, allein schon

---

1) Resolution der evangelischen Militäргеistlichen auf der Gesamtkonferenz 1970, abgedruckt in Hans-Wolfgang Heßler (Hrsg.): Militärseelsorge im Dialog, epd-Dokumentation Bd. 13, Bielefeld/Frankfurt 1975, S. 17 f.

deshalb, weil es sich nach ihrem Verständnis beim Soldateneid um eine staatliche Handlung handelt. Auf jeden Fall brach innerhalb der evangelischen Militärseelsorge 1973/74 das Gespräch über "Eid und Gelöbniß" abrupt ab.

4.3.4. Die Durchführung feierlicher Gelöbniße als öffentliche Großveranstaltungen anlässlich des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr im Jahre 1980 hat in der Öffentlichkeit, aber auch in der Bundeswehr Fragen aufgerissen nach der Sinnhaftigkeit von Gelöbnißfeiern als öffentliche Großveranstaltungen, nach der Unterschiedenheit und jeweiligen Besonderheit von Eid und Gelöbniß, und schließlich nach der vorgeblichen religiösen Verbrämung eines staatlichen und militärischen Zeremoniells:

- Das Problem der Öffentlichkeit von feierlichen Gelöbnißen und ihre Durchführung als Großveranstaltung: Ein öffentliches Auftreten der Bundeswehr und eine überzeugende Pflege und Darstellung ihrer Tradition sollte gefördert und nicht verhindert werden. Kann dieses sinnvollerweise über die Durchführung eines öffentlichen Gelöbnißes als Großveranstaltung geschehen? Wenn ja, wie kann dann eine solche Veranstaltung sowohl dem inneren Sinn und der Wahrhaftigkeit eines Gelöbnißes als auch dem Wehrpflichtigen selber gerecht werden?
- Das Problem der Unterschiedenheit und jeweiligen Besonderheit von Eid und Gelöbniß: Ist die inhaltliche Unterscheidung beider im öffentlichen Bewußtsein deutlich? Konnte über die Veranstaltungen des Jahres 1980 vermittelt werden, daß laut geltender gesetzlicher Regelung den Wehrpflichtigen ge-

rade kein Eid abgenommen wird? Vermied die Bundeswehr selber ausreichend den Anschein einer "Vereidigung"?

- Das Problem der vorgeblichen religiösen Verbrämung einer staatlichen und militärischen Zeremonie: Es ist dadurch aufgebrochen, daß bei der Durchführung der Großveranstaltungen teilweise der überlieferte Zapfenstreich zu dem Gelöbnis hinzugenommen wurde, einschließlich des Befehles: "Helm ab zum Gebet" und des Abspielens eines Chorals. Die Hinzunahme des Zapfenstreiches wurde von der Führung der Bundeswehr als Ehrung der Rekruten verstanden, vielleicht auch als Herausstreichen des besonderen Charakters gerade dieser Großveranstaltungen. Dabei wurde der Zapfenstreich weniger als eine inhaltliche Größe, sondern mehr als eine überkommene traditionelle Form, als eine Art von "Festmusik" angesehen. Auf die Öffentlichkeit aber wirkte die Zusammenführung von Gelöbnis und Zapfenstreich wie eine Vermischung von militärischen Zeremoniell mit religiöser Verbrämung; dieses belegen zahlreiche Leserbriefe in den verschiedensten Zeitungen und auch vereinzelte Diskussionsbeiträge von Abgeordneten in Parlamenten.<sup>1)</sup> Wie kann der entstandene Eindruck gelöscht werden, daß die Vermischung von militärischem Zeremoniell und religiöser Verbrämung unlösbar geworden sei?

---

1) Z.B. Kontroverse zwischen Innenminister Schnoor (SPD)/MdL. Lichtenberg (CDU) im Düsseldorfer Landtag, November 1980 nach dpa.



In den Jahren 1965-1970 waren die gleichen Fragen bereits aufgeworfen; damals waren Antworten versucht, aber keine Entscheidung getroffen worden. Dadurch blieb alles in der Schwebe; diese Unentschiedenheit aber macht die heutige Problematik nicht leichter, sondern schwerer. Ob man auf die damaligen Antwortversuche heute noch zurückgreifen kann, wäre zu prüfen; auf jeden Fall sollte man begründen, warum oder warum nicht.

Die evangelische Militärseelsorge hat sich bisher offiziell nicht zu der anstehenden Gesamtproblematik geäußert: ein Presseinterview des Ev. Generaldekans<sup>1)</sup> kann nur als eine vorläufige Stellungnahme gewertet werden. Im Grunde ist aber die Stellung beider Kirchen klar: Sie wollen keinerlei religiöse Verbrämung einer staatlichen Zeremonie, wohl aber die Besinnung und Aufrichtigkeit des einzelnen und seine ethische Bindung an sein Gewissen und nicht an irgendwelche Interessen. Darin stimmen sie, auch im letzteren, mit der immer geäußerten Grundanschauung der Bundeswehr überein. Diese Gemeinsamkeit muß aufs neue deutlich gemacht werden, einmal mit der kritischen Aufarbeitung der jetzt konkret aufgeworfenen Fragestellungen seitens der Bundeswehr und durch den Willen der Bundeswehr, auch auf dem Felde der Tradition nicht mit einer Kompromißhaltung zwischen "Einst" und "Jetzt" leben zu wollen.

---

1) Süddeutsche Zeitung vom 30.10.1980

## 5. Literatur

### 5.1 Dokumente, Vorschriften

Handbuch Innere Führung, Führungsstab B, September 1957

"Bundeswehr und Tradition" Erlaß, Führungsstab B I 4, 1. Juli 1965

Jahresbericht des Wehrbeauftragten für Jahr 1968, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Bundestagsdrucksache V/2948 vom 22. Mai 1968

Jahresbericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 1977, in: Schriftenreihe Innere Führung, Heft 9, 1978

Weißbuch 1979 Bonn, Bundesminister der Verteidigung, Hrsg., 4. September 1979

Inspekteur Marine, Zur Pflege der Tradition, Kommandeur-Brief, 27. Februar 1957

Inspekteur Heer, Gedanken zur Inneren Führung, Mai 1969

Tradition in der Bundeswehr, Stabsstudie, Bundeswehramt, Abt I/Grp InFü, 2. Februar 1975

ZDv 10/8 Militärische Formen und Feiern, Kap. 2: Großer Zapfenstreich, 18. März 1966

ZDv 10/8 Militärische Formen und Feiern, Kap. 1: Eid und feierliches Gelöbnis, 3. September 1966

ZDv 10/7 Truppenfahnen der Streitkräfte, 3. Februar 1968

ZDv 10/8 Militärische Formen und Feiern, Kap. 4: Flaggenordnung, 8. Januar 1968

ZDv 10/1 Hilfen für die Innere Führung, 10. August 1972

ZDv 37/10 Anzugsordnung für die Bundeswehr, 3. November 1972

ZDv 12/1 Politische Bildung in der Bundeswehr, 29. Januar 1973

ZDv 78/1 Militärmusikdienst in der Bundeswehr, 24. September 1976

MDv 160/1 Bestimmungen für den Dienst an Bord,  
1. Januar 1979

Der Generalinspekteur, Weisung für die Ausbildung,  
Erziehung und Bildung in den Streitkräften im Jahre  
1980, Füs I 6, 14. August 1979

Dokumente der Parteien und Interessengruppen: siehe Einzel-  
anmerkungen, Abschnitt 3

## 5.2 Vorträge, Ansprachen, Artikel (nur Angehörige BMVg)

Apel, Hans: Tradition auf dem Prüfstand, in: Die Zeit,  
14. November 1980

- : Rede anlässlich der Namensgebung der Gustav-Heinemann-  
Kaserne, in: Bulletin, 11. Juli 1978, S. 733 ff.
- : Der Demokratie dienen, Ansprache zum öffentlichen  
Feierlichen Gelöbnis am 14. Mai 1980 in Emden, in:  
Material f.d. Presse, BMVg, 14. Mai 1980

Baudissin, Wolf Graf von: Soldatische Tradition und  
ihre Bedeutung heute, in: Wehrkunde, Nr. 9, 1956

- : Soldatische Tradition als Aufgabe, in: Freiheit und  
Recht, Nr. 4, 1962
- : Vortrag anlässlich der Verleihung des Freiherr-von-  
Stein-Preises, Hamburg, 10. Februar 1965, in:  
ZDv 10/1
- : Nationalbewußtsein in der Welt von heute, in:  
Schriften der Akademie für politische Bildung,  
Nr. 10, 1967
- : Zum 20. Juli, Rede auf einer Feierstunde zum Ge-  
dächtnis der 20. Wiederkehr am 20. Juli 1964, in:  
Dokumente und Kommentare, Beilage zu: Information  
für die Truppe, Nr. 7/1967

Brandt, Jürgen: Der Auftrag heißt Frieden, in:  
Kyffhäuser, Nr. 6, 1980

Bühlow, Andreas von: Bundeswehr und Tradition, Vortrag vor  
dem SPD-Ortsverein-Bonn-West am 22. November 1977

Förtsch, Friedrich: Fünf Jahre Schule der Inneren Füh-  
rung, Ansprache des Generalinspekteurs, in: Infor-  
mation für die Truppe, Nr. 1, 1961

- Hassel, Kai Uwe von: Vortrag vor Beirat für Innere Führung in Koblenz, 11. Juni 1963, in: ZDv 10/1
- : Eine erzieherische Aufgabe, Rede auf der 1. Btl-Kdr-Tagung am 1. Juli 1965, in: Dokumente und Kommentare, Beilage zu: Information für die Truppe, Nr. 5, 1966
- : Erfolg durch Leistung, Rede des BMVg bei der Zehnjahresfeier der Schule für Innere Führung am 11. Juni 1966
- Heydt, Siegfried: Welche geistigen Kräfte in Strömungen behindern Pflege und Entwicklung soldatischer Tradition in der Bundeswehr? in: Truppenpraxis, Nr. 1, 1962
- Ilsemann, Carl-Gerd von: Die Bundeswehr in der Demokratie, Hamburg 1971
- Karst, Heinz: Tradition und Fortschritt, in: Panzerzeitschrift der Kampftruppen, Nr. 1, 1959 und Nr. 1-3, 1960
- : Das Bild des Soldaten, Boppard 1964
- Kielmannsegg, Joh. Adolf Graf von: Der Soldat und der 20. Juli 1944, in: Dokumente und Kommentare, Beilage zu: Information für die Truppe, Nr. 7, 1964
- : Vortrag bei einer Tagung ADK, 13. März 1953, in: ZDv 10/1
- Köstlin, F.: Probleme der Inneren Führung, Vortrag vor Traditions- und Kriegsoferversverbänden, 21. Nov. 1964
- Leber, Georg: Rede vor der sicherheitspolitischen Tagung der SPD-Bundestagsfraktion am 22. Okt. 1977
- : Stellungnahme des BMVg zu Vorfällen an der Hochschule der Bundeswehr München, in: Marineforum, Nr. 12, 1977, S. 316 ff.
- Maizière, Ulrich de: Vortrag anlässlich der Tagung der Luftwaffe am 15. Dez. 1961, in: ZDv 10/1
- : Rede am 20. Juli 1966 anlässlich der Veranstaltung des Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgten-Organisationen, in: Mitteilungen an die Presse, BMVg, 20. Juli 1966

Maizière, Ulrich de: Tradition dient der Erziehung,  
in: MOV-Nachrichten, Nr. 10, 1966, S. 177

- : Nation und Vaterland, in: Dokumente und Kommentare,  
Beilage zu: Information für die Truppe, Nr. 6, 1967
- : Rede des Generalinspektors der Bundeswehr am  
16. April 1970 in Düsseldorf, in: ZDV 10/1
- : Pflege der Tradition, Ansprache anlässlich eines  
Traditionstreffens in Münster am 13. Febr. 1965,  
in: Ders., Bekenntnis zum Soldaten, Hamburg-Berlin  
1972

Schmidt, Helmut: Erklärung des Bundesministers der  
Verteidigung in der 111. Sitzung des Deutschen Bun-  
destages am 26. März 1971, in: Information für die  
Truppe, 1971, S. 603 ff.

Seifert, Martin: Innere Führung - ständige Aufgabe und  
Herausforderung, Referat auf der 20. Kommandeurs-Ta-  
gung der Bundeswehr, in: Standortbestimmung, Schrif-  
tenreihe Innere Führung, Nr. 10, 1975

Wagemann, Gerhard: Erziehung zum Staatsbürger, in:  
Dokumente und Kommentare, Beilage zu: Information  
für die Truppe, Nr. 9/1964

- : Zum Erlaß "Bundeswehr und Tradition", in: Wehrkunde,  
Nr. 10, 1965
- : Ewiger Wert "Soldatentum"? in: Wehrkunde, Nr. 3,  
1966
- : Tradition und Gewissen, in: Militärseelsorge, Nr. 8,  
1966
- : Tradition und Bundeswehr, in: Europäische Wehrkunde,  
Nr. 9, 1977

Wust, Harald: Die Tradition des Widerstandes, Auszug aus  
der Rede anlässlich der Feierstunde 20. Juli 1977, in:  
Information für die Truppe, Nr. 11, 1977

- : Bundeswehr und Traditionspflege, Vortrag anlässlich  
der Verabschiedung des Verwendungslehrganges Gen/  
AdmSt.-Dienst 1978 am 30. Juni 1978, in: Informa-  
tion für die Truppe, Nr. 10, 1978
- : Vortrag anlässlich des Kommandeurs-Wechsels an der  
Schule für Innere Führung am 13. Okt. 1978

Zimmermann, Armin: Das Bild des Soldaten, Referat des Generalinspektors anlässlich der 20. Kommandeurs-  
tagung der Bundeswehr, in: Standortbestimmung,  
Schriftenreihe Innere Führung, Nr. 10, 1975

### 5.3 Veröffentlichungen

Auer, Alfons: Eid und feierliches Gelöbnis in der  
Bundeswehr, in: Militärseelsorge, Nr. 7, 1964

Bahnemann, Jörg: Wie bleibt die Armee auf der Höhe  
der Zeit? in: Elble, Rolf, Hrsg., Clausewitz in  
unserer Zeit, Darmstadt 1971

Bastian, Hans Dieter: Menschenführung und Wertbewußt-  
sein, in: Information für die Truppe, Nr. 10, 1971

Baudissin, Wolf Graf von: Soldat für den Frieden, hrsg.  
von Peter von Schubert, München 1970

Borgmeyer, Wolfgang: Stellung der Bundeswehr zum 20.  
Juli 1944, in: Wehrkunde, Nr. 7, 1976

Bredow, Wilfried Freiherr von: Die Bundesrepublik und  
ihre Streitkräfte - Ein Literaturbericht, in: Politi-  
sche Vierteljahresschrift, September 1969

-: Die Unbewältigte Bundeswehr, Frankfurt 1972

-: Die Last der Traditionen, in: Deutsche Studien,  
Sonderdruck, Januar 1981

Bülow, Andreas von: Traditionen sind unvermeidbar, in:  
Das Parlament, Nr. 48, 1980

Cunis, Reinmar: Wirklich "Staatsbürger in Uniform"? in:  
Die neue Gesellschaft, Nr. 1, 1964

Derrick, Leo: Militärische Leitbildpflege in Bundeswehr  
und NVA, in: Europäische Begegnung, 1968, S. 17 ff.

Doepner, Friedrich: Über die Traditionspflege in der  
Bundeswehr, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 10,  
1978

Ellwein, Thomas: Beruf nicht ausüben, Buchbesprechung  
zu: Baudissin, Wolf Graf von: Soldat für den Frieden,  
in: Der Spiegel, Nr. 49, 1969

-: Der Soldat zwischen Verteidigungsauftrag und Selbst-  
verständnis, in: Information für die Truppe, Nr. 10,  
1971

- Fleckenstein, Bernhard: Aspekte des Traditionsverständnisses und der Traditionspflege in der Bundeswehr, in: Deutsche Studien, Sonderdruck, Januar 1981
- Friedel, Alois: Symbole - Feldzeichen - Truppenfahnen, in: Truppenpraxis, Nr. 5, 1965
- Grosze, Helmut: Die Bundeswehr in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu: Das Parlament, 24. Januar 1970
- Hansen, Karl Heinz: Sinnlose Symbole, in: Das Parlament, Nr. 48, 1980
- Hesse, Kurt: Der alte Soldat und die Bundeswehr, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, Nr. 11, 1968
- Hesslein, Bernd C.: Das Soldatenwunder, in: Allgemeines Deutsches Sonntagsblatt, 16. Nov. 1975
- : Der Fall: Entlassung der Generale Kupinski und Franke, in: Allgemeines Deutsches Sonntagsblatt, 7. Nov. 1976
- : Hrsg., Die unbewältigte Vergangenheit der Bundeswehr. Fünf Offiziere zur Krise der Inneren Führung, (rororo aktuell), Hamburg 1977
- Herzfeld, Hans: Bundeswehr und Tradition, in: Die neue Gesellschaft, Nr. 2, 1965
- Heuss, Theodor: Vorsicht, Vorsicht mit der Tradition, Auszug aus einer Ansprache am 12. März 1959, in: Das Parlament, Nr. 48, 1980
- Hinrichs, Hans: Bundeswehr und Tradition, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 12, 1976
- Hornung, Klaus: Warten auf Scharnhorst - Die Bundeswehr vor neuen Problemen, in: Die politische Meinung, Nr. 126, 1969
- Janszen, Karl-Heinz: Was ist heute noch soldatische Tradition? in: Die Zeit, 22. April 1977
- : Braucht die Bundeswehr den Großen Zapfenstreich? in: Die Zeit, 7. November 1980
- Karst, Heinz: Tradition trotz Fortschritt, in: Politische Meinung, Nr. 1/2, 1977

- Karst, Heinz: Soldatische Tradition in geschichts-  
ferner Gesellschaft? Schriften der Hermann-Ehlers-  
Akademie, 6, Kiel 1977
- Kieszling, Günter: Traditionsverständnis und Traditions-  
pflege aus der Sicht eines Truppenoffiziers, in:  
Deutsche Studien, Sonderdruck, Januar 1981
- Kuhn, Hans: Die Nation als Schule der Bundeswehr, in:  
Die neue Gesellschaft, Nr. 6/1964
- Lippert, Ekkehard und Klaus Puzicha: Die Bundeswehr  
als Objekt von Meinungen und Einstellungen, in:  
Wehrpsychologische Mitteilungen, Nr. 4, 1975
- Löwenstern, Wimo von: Bundeswehr als Fremdkörper, in:  
Rheinischer Merkur, Nr. 17, 1979
- Maciosek, Heinz-Georg: Das Problem der Tradition in der  
Bundeswehr, Eine empirische Untersuchung unter jun-  
gen Offizieren der Bundeswehr, Diss. (phil), Hamburg  
1968 und Sonderdruck der Schriftenreihe des Europa-  
Kollegs, Hamburg 1969
- Maizière, Ulrich de: Bekenntnis zum Soldaten, Hamburg  
1971
- Makensen, Ulrich: Die subtile Reaktion, in: Der Monat,  
Nr. 257, 1970
- Martini, Winfried: Die Hintergründe von Nagold, in:  
Die Dritte Gewalt, Nr. 2, 1964
- Merkatz, Hans Joachim von: Vom Sinn der Tradition, in:  
Wehrwissenschaftliche Rundschau, Nr. 11, 1961
- : Sinnvolle Tradition, in: Dokumente und Kommentare,  
Beilage zu: Information für die Truppe, Nr. 2, 1961
- Messerschmid, Felix: Vaterland - ein altmodischer Be-  
griff? in: Dokumente und Kommentare, Beilage zu:  
Information für die Truppe, Nr. 5, 1966
- Meyer, Claus Heinrich: Kriegerisches Pathos hat sich  
überlebt, in: Der Monat, Nr. 257, 1970
- Möbus, Gerhard: Geistige Grundlagen der Bundeswehr, Vor-  
trag vor dem 1. Verteidigungspolitischen Kongreß  
der CDU, 9./10. Oktober 1964, Manuskript
- : Vaterland und politische Ordnung, in: Dokumente und  
Kommentare, Beilage zu: Information für die Truppe,  
Nr. 5, 1966



- Höllemann, Jürgen: Bundeswehr und Tradition, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 6, 1978
- Moniac, Rüdiger: Streit um das Gelöbnis - Traditionspflege oder musikalischer Anachronismus? in: Die Welt, 11. November 1980
- Nau, Ludwig: Für Wohlstand oder Vaterland, in: Frankfurter Hefte, Nr. 1, 1970
- Nitter, Ernst: Der Unteroffizier der Bundeswehr und der Traditionserlaß, in: Wehrausbildung in Wort und Bild, Nr. 11, 1965
- Pickel, Ernst: Tradition als Basis des Fortschritts, in: Truppenpraxis, Nr. 11, 1971
- Puzicha, Klaus: Verbandsabzeichen, in: Information für die Truppe, Nr. 6, 1973
- Raven, Wolfram von: Führung ist mehr als Management, in: Die Welt, 2. August 1977
- : Vorbilder und Sinnbilder - Tradition in unserer Zeit, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 3, 1978
- : Streit über Tradition, in: Loyal, 12. Dezember 1980
- Robinson, Hans: Der Spiegel der Nation, in: Vorgänge, Nr. 1, 1977
- Ruge, Friedrich: Bundeswehr und Tradition, in: Revue Militaire Générale, Nr. 10, 1971
- Schulte, Ludwig: Wertsysteme und Normen in den Streitkräften, in: Militärseelsorge, Nr. 1, 1972
- Seidelmann, Reimund: Bundeswehr, Innere Führung und Demokratische Gesellschaft, in: Frankfurter Hefte, Nr. 8, 1977
- Stammler, Eberhard: Versuchung aus der Vergangenheit, in: Dokumente und Kommentare, Beilage zu: Information für die Truppe, Nr. 2, 1967
- : Als Nachhut überzeugt sie nicht, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 23. September 1973
- Transfeld, W., K.H. Brand, O. Freiherr von Quenstedt: Wort und Brauch im deutschen Heer, Hamburg 1976

- Vollert, Michael: Ist der Traditionserlaß noch zeitgemäß? in: Information für die Truppe, Nr. 3, 1971
- Wacker, Paul: Soldatentum in der Demokratie, in: Dokumente und Kommentare, Beilage zu: Information für die Truppe, Nr. 1, 1962
- Wagemann, Eberhard: Zum Erlaß 'Bundeswehr und Tradition', in: Wehrkunde, Nr. 10, 1965
- : Soldat, ein Beruf wie jeder andere? in: Wehrkunde, Nr. 1, 1971
- : Bundeswehr und Tradition, in: Ralf Zoll, Ekkehard Lippert, Tjarck Rössler, Hrsg.: Bundeswehr und Gesellschaft. Ein Wörterbuch, Opladen 1977, S. 69-73
- Weniger, Erich: Soldatische Tradition in der Demokratie, in: Die neue Gesellschaft, Nr. 3, 1960
- Woller, Rudolf: Die innere Maginotlinie, in: Der Monat, Februar 1970